



# LIP

## Zukunfts- kongress

10 Jahre Lokaler  
Integrationsplan (LIP)

## **Inhaltsverzeichnis**

- 03 Vorwort
- 04 Danksagung an den Gesellschaftsfonds Zusammenleben
- 05 LIP-Zukunftskongress 2019 – Rückblicke und Ausblicke
- 07 MiSO-Netzwerk Hannover
- 08 MSO zum LIP
- 15 kargah e.V.
- 17 kargah-Workshops zum LIP
- 25 Kulturzentrum Faust e.V.
- 26 LIP-Zukunftskongress
- 40 Fazit
- 40 Zusammenfassung der Forderungen zum neuen LIP

## **Impressum**

Kulturzentrum Faust  
Zur Bettfedernfabrik 3  
30451 Hannover  
[www.kulturzentrum-faust.de](http://www.kulturzentrum-faust.de)

Redaktion: Hans-Michael Krüger, Ute Finkeldei  
Gestaltung, Satz: Ralf Rohde, Hannover  
Konzeption, Text: Ute Finkeldei, das orange rauschen, [www.orauschen.de](http://www.orauschen.de)  
Fotos: Andreas Paul, das orange rauschen,  
Martin Tönnies, [www.martintoennies.de](http://www.martintoennies.de)

Hannover, im August 2019

## VORWORT

Unsere Gesellschaft wird vielfältiger und bunter. Eine demokratische Gesellschaft setzt eine umfassende Teilhabe aller Einwohner\*innen voraus. Migrant\*innen und Geflüchtete erfahren häufig, dass ein starker Integrationswille von ihnen verlangt wird, sie aber nicht immer als Gleichberechtigte wahrgenommen werden.

In einer Zeit dynamischer Veränderungen in der deutschen Migrations- und Integrationspolitik kommt den MigrantenSelbstOrganisationen (MSO) eine immer wichtiger werdende Rolle auf allen Ebenen zu. Um diese Entwicklung weiter vorantreiben zu können, müssen die MSO als politische Partner\*innen und Akteur\*innen weiterhin ihren festen Platz in Politik und Gesellschaft ausbauen.

Migration gehört zu Deutschland. Rassismus, Diskriminierung und Rechtsextremismus verhindern die Integration. Seit der letzten Bundestagswahl (2017) sind Rassismus und Nationalismus offen in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Durch die Flüchtlingsbewegungen in der Welt und namentlich im Jahr 2015 in Deutschland wachsen die vorhandenen rassistischen und antisemitischen Tendenzen.

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Lokalen Integrationsplans (LIP) der Landeshauptstadt Hannover wurden Rückblicke und Erfahrungen ausgetauscht, sowie konstruktive Vorschläge und Forderungen für die anstehende Weiterentwicklung und Aktualisierung des LIP erarbeitet.

Die Integration findet vor Ort statt und heißt Partizipation und gleichberechtigte Teilhabe. Die MSO wissen durch ihre langjährige migrantische Arbeit, dass die Entscheidung für eine Migrations- und Integrationspolitik auf der Landes- und Bundesebene liegt.

Integration braucht demokratische Teilhabe. Die MSO sind wichtige Partner\*innen bei der Mitwirkung, Mitgestaltung und Mitentscheidung im Integrationsprozess. Eine ernsthafte Teilhabepolitik kann nur mit der Beteiligung von MSO funktionieren und auf Augenhöhe.

Das MiSO-Netzwerk Hannover fordert weiterhin eine konkrete Integrationspolitik:

- Die Antidiskriminierungspolitik muss fest verankert sein – MiSO fordert eine Antidiskriminierungsstelle für Niedersachsen!
- Ein niedersächsisches Partizipations- und Teilhabegesetz für Gleichstellung und Mitbestimmung soll als verbindliche Basis für Integration beschlossen werden, damit die MSO ihre Arbeit besser aufbauen können.
- Die interkulturelle Öffnung in allen Bereichen (besonders in der Verwaltung, Behörden und Gremien) soll endlich stattfinden.
- Politische Teilhabe ist gesetzlich zu garantieren: Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürger nach einer bestimmten Residenzzeit.
- Es ist Zeit, ein politisches Signal für die Anerkennung, Achtung und Dankbarkeit gegenüber Migrant\*innen auszusprechen. Sie haben dieses Land mit aufgebaut. Unser Sozialstaat wäre ohne Migration nicht denkbar.

Der MiSO-Gesamtvorstand  
i. V. Dang Chau Lam und Dr. Tatiana Czepurnyi



## Danksagung an den Gesellschaftsfonds Zusammenleben



Die finanzielle Förderung des Gesellschaftsfonds Zusammenleben der Landeshauptstadt Hannover (GfZ) hat es möglich gemacht, dass das Projekt LIP-ZUKUNFTSKONGRESS 2019 – RÜCKBLICKE UND AUSBLICKE im Rahmen des diesjährigen Ideenwettbewerbs verwirklicht werden konnte. Die Kooperationspartner des Projekts danken der Jury des Gesellschaftsfonds Zusammenleben unter Leitung der Kuratorin Dr. Koralia Sekler herzlich für diese Unterstützung.

Doch nicht nur das vorliegende Projekt hat die Förderung des GfZ erfahren, viele andere im Integrationsbereich engagierte Initiativen, Vereine und Einzelpersonen wurden und werden vom GfZ unterstützt. **Der Gesellschaftsfond Zusammenleben ist ein unverzichtbarer Bestandteil des Lokalen Integrationsplans (LIP)** und da dieses Projekt eine kritische Erkundung der bisherigen Umsetzung des LIP zur Aufgabe hat, soll an dieser Stelle nicht nur eine Danksagung stehen, sondern zudem ein kurzer Abriss zu Entstehung und Arbeit des GfZ.

**Der Gesellschaftsfonds Zusammenleben der Landeshauptstadt Hannover wurde im März 2009 mit dem Ziel ins Leben gerufen, bürgerliche Aktivitäten der lokalen Integrationsarbeit zu unterstützen und damit das Zusammenleben einer zunehmend interkulturell strukturierten Stadtbevölkerung zu verbessern.** Das Gremium setzt sich aus einer unabhängigen vierköpfigen Jury zusammen. **Die Jury schreibt jährlich mindestens einen Ideenwettbewerb aus, der thematisch zu Handlungsfeldern des Lokalen Integrationsplans passt.** Die ausgeschriebenen Themen sind sehr heterogen und reichen von der Bildungsförderung über die Unterstützung der Kinderrechte bis hin zu

lokalen Schwerpunkten wie der Vorbereitung auf die Kommunalwahlen oder dem Umgang mit Grundrechten der Bürger\*innen. Für jedes Handlungsfeld des LIP werden kreative und praxistaugliche Vorschläge in Form von Projekten gesucht. **Bewerben kann sich jeder.** Wesentliche Auswahlkriterien für die Förderung sind die Größe der Zielgruppe des Projektes und innovative Ansätze. Ebenso bedeutsam ist die Intensität der Beteiligung von Bürger\*innen verschiedener Herkunft sowie die Wirksamkeit des Projektes über dessen Laufzeit hinaus. **Darüber hinaus vergibt die Jury alle zwei Jahre Integrationspreise an ehrenamtlich Tätige sowie Projekträger, die sich durch ihre Integrationsarbeit und -bemühungen besonders auszeichnen.**

Bislang fanden 11 Ideenwettbewerbe statt, in deren Rahmen 117 Projekte mit einer Gesamtfördersumme von 1.375.898,30 € finanziert wurden. Außerdem erkannte die GfZ-Jury im Rahmen von vier Verleihungen der Integrationspreise insgesamt 43 Organisationen und Personen an und vergab 64.000 € an Preisgeldern.

Wie aus diesen Zahlen ersichtlich wird, hat der Gesellschaftsfonds Zusammenleben die selbstbestimmte politische Integrationsarbeit in Hannover mit erheblichen Mitteln unterstützt. Viele wertvolle und nachhaltige Projekte wären ohne seine Förderung niemals umsetzbar gewesen.

**Es ist daher nicht verwunderlich, wenn eine im Rahmen dieses Projekts vielfach verlautbarte Forderung an einen neuen Lokalen Integrationsplan die Fort- und Festschreibung des GfZ zum Inhalt hat – und eine bedeutsame Aufstockung der zu vergebenden Fördergelder.**

# LIP-ZUKUNFTSKONGRESS 2019 – RÜCKBLICKE UND AUSBLICKE

## Das Projekt

Der LIP-Zukunfts kongress 2019 ist eines der vom Gesellschaftsfonds Zusammenleben (GfZ) im Rahmen des Ideenwettbewerbs „Erfahrung für die Zukunft! Zehn Jahre Lokaler Integrationsplan – Wie soll es weitergehen?“ geförderten Projekte.

Die Kooperationspartner FAUST e. V., kargah e. V. und das MiSO-Netzwerk Hannover e. V. entwickelten hierfür gemeinsam ein Konzept, das es ermöglichen sollte, den mittlerweile seit zehn Jahren existierenden Lokalen Integrationsplan sowohl rückblickend zu evaluieren als auch konstruktive Vorschläge und Forderungen für die anstehende Weiterentwicklung und Aktualisierung des LIP zu erarbeiten. In das Projekt wurden Interessierte und Expert\*innen der lokalen Politik und Verwaltung, der Zivilgesellschaft und selbstverständlich der lokalen Migrant\*innenSelbstOrganisationen (MSO) einbezogen.

## Projektphase I

### MiSO-Netzwerk:

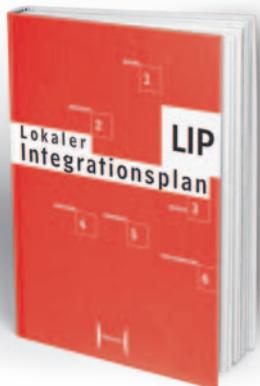
Unter der Leitung des MiSO-Netzwerks Hannover e. V. sollte, aufbauend auf den Vorgaben des Ideenwettbewerbs und unter Einbeziehung der Themenschwerpunkte des LIP, ein Leitfaden mit Fragestellungen zum LIP erarbeitet werden und darüber hinaus eine stark zusammengefasste Darstellung des LIP. Ziel war es, mithilfe dieser Vorlagen Multiplikator\*innen aus dem MSO-Bereich dahingehend zu schulen, insgesamt 20 kurze, zielgruppenorientierte Workshops mit Teilnehmer\*innen der verschiedenen MSO durchzuführen. Im Zuge

jener Kurzveranstaltungen ging es maßgeblich darum, Wissen hinsichtlich des LIP zu vermitteln und die jeweilige Kenntnislage zum LIP zu erkunden. Darüber hinaus sollte vorhandene Kritik am bestehenden LIP sowie Bedarfe hinsichtlich der Weiterentwicklung des LIP aufgenommen und dokumentiert, sowie zur Teilnahme am Zukunfts kongress motiviert werden. Um eine möglichst breite Beteiligung sicherzustellen, sollte jede einzelne MSO in Hannover (insgesamt existieren hier ca. 230 Verbände) gezielt angesprochen und zur Teilnahme eingeladen werden.

### kargah e. V.:

Im Rahmen des Projekts machte es sich der Verein für interkulturelle Kommunikation, Migrations- und Flüchtlingsarbeit zur Aufgabe, drei halbtägige Workshops zu den Themen Bildung, Soziales und Stadtleben mit Expert\*innen aus Integrationsbeiräten unterschiedlicher Stadtbezirke und mit Teilnehmer\*innen aus der Zivilgesellschaft durchzuführen. Grundlage für diese Workshops waren sowohl die Kontrollberichte des LIP als auch der Input seitens besagter Expert\*innen. Maßgeblich sollten dabei folgende Fragen im Vordergrund stehen:

- Wie wurde der LIP in Hannover umgesetzt?
- Wie wurden die einzelnen Handlungsfelder realisiert?
- Was wurde nicht umgesetzt?
- Welche Erfahrungen wurden in diesem Zusammenhang gemacht?
- Ist der LIP in der Bevölkerung angekommen?
- Wie sehen die Erwartungen der Einwohner\*innen aus?
- Welche Ziele sollen bei der Weiterentwicklung des LIP berücksichtigt werden?



## Projektphase II

Die Ergebnisse der ersten Projektphase sollten in einen ganztägigen öffentlichen Zukunftskongress zum LIP einfließen. Die Veranstaltung richtete sich an MSO, öffentliche Akteur\*innen und die Zivilgesellschaft im allgemeinen. Ziel des Kongresses war es, den Istzustand des LIP zu diskutieren, Kritik und Forderungen zu formulieren und weitergehende Perspektiven hinsichtlich der Überarbeitung des LIP zu entwickeln. Im Anschluss an eine Podiumsdiskussion sollten in themenspezifischen Workshops zu Schwerpunkten des LIP – beispielsweise Bildung und Soziales – die Erkenntnisse, welche in Phase I des Projekts gewonnen wurden, aufgegriffen und weitergehend bearbeitet werden.

## Projektphase III

Alle Erkenntnisse der Erkundungsphase und die Ergebnisse des Zukunftskongresses sollten schriftlich festgehalten und sowohl den Kongressteilnehmer\*innen als auch der breiten Öffentlichkeit in Form einer professionell erstellten Broschüre zugänglich gemacht werden.

### Ziele des Projekts

- Den MSO die Inhalte des LIP und dessen Bedeutung näherzubringen und sie so zu einer Beurteilung und inhaltlichen Kritik zu befähigen
- Die Bekanntheit des LIP in der allgemeinen Öffentlichkeit zu fördern und den Diskurs über den LIP in der Zivilgesellschaft zu stärken
- Die MSO und die Zivilgesellschaft zur aktiven Teilhabe an den Prozessen zur Weiterentwicklung des LIP zu motivieren
- Konkrete Zukunftsperspektiven, insbesondere unter Berücksichtigung der Erfahrungen der MSO, für die Weiterentwicklung des LIP zu entwickeln und in den öffentlichen Diskurs einzubringen

### Methoden des Projekts

- Kurzworkshops zum LIP für MSO aus dem gesamten Stadtgebiet
- Workshops mit Expert\*innen und Zivilgesellschaft, die kulturell, sozial und geschlechtlich diverse Teilnehmer\*innen aus dem gesamten Stadtgebiet in eine intensive Auseinandersetzung bringen
- Öffentlicher Zukunftskongress auf Grundlage von Ergebnissen der verschiedenen Workshops, in dessen Rahmen eine Analyse und Perspektiventwicklung zum LIP erarbeitet wird und der weite Teile der Zivilgesellschaft einbezieht
- Ergebnisbroschüre des Projekts, welche die konkreten Erkenntnisse sämtlicher Projektphasen allgemein nachvollziehbar darstellt und alle lokalen MSO, die lokale Politik und Verwaltung sowie die Zivilgesellschaft erreicht

# Das MigrantInnenSelbstOrganisationen-Netzwerk Hannover e.V. (MiSO)

MiSO wurde im Jahr 2010 im Zuge eines Ideenwettbewerbs des Gesellschaftsfonds Zusammenleben (GFZ) als Netzwerk mit 21 Mitgliedsorganisationen gegründet, 2012 wurde daraus das MiSO-Netzwerk e.V. Bis heute hat sich die Mitgliederzahl mit 43 MSO mehr als verdoppelt.

Als Institution von und für Migrant\*innen setzt sich MiSO transparent für ein gleichberechtigtes Zusammenleben in der Landeshauptstadt Hannover ein und ist aktiv an der Gestaltung einer zukunftsfähigen Wir-Stadtgesellschaft beteiligt. Außerdem nimmt MiSO auch zu gesamtgesellschaftlich relevanten Themen Stellung und setzt sich dafür ein, dass der Zugang zu Bildung, Kultur und Arbeitsmarkt für alle Menschen zugänglich wird.

Die Mitglieder der Netzwerkvereine verfügen über vielfältige Kompetenzen und Erfahrungen in Fragen der Einwanderungsgesellschaft. Entsprechend arbeitet MiSO an der Weiterentwicklung der Partizipation von hier lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte. Dazu gehört auch die Beratung öffentlicher Einrichtungen, die sich besser auf die Heterogenität der Menschen, die zu ihnen kommen, einstellen wollen (Weiterbildung zu Interkultureller Kompetenz). Darüber hinaus sensibilisiert das Netzwerk die Stadtgesellschaft für die Situation der beteiligten Migrant\*innengruppen und setzt sich dafür ein, dass die Perspektive der Minderheiten einen angemessenen Raum in der Öffentlichkeit findet.

Um diese Ziele umzusetzen, steht MiSO als kompetenter Gesprächspartner bei Fragen der Teilhabe zur Verfügung, beispielsweise bei der Umsetzung des Lokalen Integrationsplans.

## Aktuelle Projekte

### House of Resources (HoR)

Vorrangige Ziele des vom BAMF finanzierten Projekts HoR sind die Stärkung von Organisationsstrukturen - insbesondere bei migrantischen Initiativen – und die Förderung von Teilhabe und ehrenamtlichem Engagement.

### samo.fa – Stärkung der Aktiven aus Migrant\*innenSelbstOrganisationen in der Flüchtlingsarbeit

Seit vier Jahren stärkt und gewinnt samo.fa Menschen mit Migrationsgeschichte als Aktive für die Unterstützung von Geflüchteten – mit dem Ziel, Geflüchteten eine gleichberechtigte Teilhabe an allen Bereichen des lokalen und kommunalen Lebens zu ermöglichen.

### Projekt „Einbürgerungslots\*innen“

Aufgabe des von der LHH finanzierten Projektes ist die Umsetzung eines im Lokalen Integrationsplan 2008 formulierten Ziels: „Möglichst viele der Einwohnerinnen und Einwohner mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen, sollen dieses Recht auch tatsächlich nutzen.“



## MSO zum LIP

---

### Erkundungen bei Hannoverschen Migrant\*innenSelbstOrganisationen

#### Projektauftrag

Im Rahmen des Projekts LIP-Zukunfts kongress 2019 war das MiSO-Netzwerk Hannover e.V. dafür zuständig, Erkundungen zum LIP bei den Migrant\*innenSelbstOrganisationen Hannovers durchzuführen. Im Zuge dessen sollten alle uns bekannten MSO in Hannover angesprochen und mindestens 50 von ihnen zur Teilnahme an ca. anderthalb- bis zweistündigen Gesprächen zum LIP bewegt werden. Außerdem war geplant, vorab einen entsprechenden Gesprächsleitfaden zu erstellen, anhand dessen die Gespräche geführt und Ergebnisse dokumentiert werden konnten. **Die Gespräche selbst sollten dazu dienen, den LIP bekannt(er) zu machen und darüber hinaus Kritik und Anregungen aufzunehmen.**

#### Modifikation

Aufgrund des ursprünglich sehr knappen Zeitrahmens erwies sich die Vorbereitung und Durchführung von 20 Gesprächen als schwer realisierbar. Um die gesetzten Ziele dennoch zu verwirklichen und eine möglichst breite Beteiligung von MSO zu erreichen, entschied sich MiSO dafür, den Fokus auf die Information der MSO hinsichtlich des LIP zu legen und eine entsprechende Umfrage sowie eine Multiplikator\*innenschulung durchzuführen. Zusätzlich zur Umfrage fanden in einem kleineren Kreis Workshops zum Thema LIP statt, deren Ergebnisse im Anschluss an die Auswertung der Umfrage zu finden sind.

### LIP-Umfrage bei den MSO

Der Gesprächsleitfaden wurde gemeinsam mit etlichen Multiplikator\*innen zu einem Informationsblatt mit zusätzlichem Fragebogen weiterentwickelt. Zuvor wurden die MiSO-Mitgliedsvereine über die MiSO-Website, den Newsletter und Direktmailing entsprechend informiert. An dieser Stelle möchten wir Birgit Steckelberg vom Sachgebiet Integration der Landeshauptstadt Hannover für ihre LIP-Präsentation beim ersten Multiplikator\*innentreffen danken.

Das Informationsblatt und der Fragebogen konnten postalisch etwa 175 MSO zugestellt werden. Darüber hinaus wurde die Umfrage per E-Mail versandt und auf der MiSO-Webseite online gestellt, außerdem wurde in Form von Berichten bei [www.Welt-in-Hannover.de](http://www.Welt-in-Hannover.de) und auf der MiSO-Website [www-miso-netzwerk.de](http://www-miso-netzwerk.de) für die Befragung geworben.

#### Rücklauf und Auswertung

Insgesamt haben wir von 32 Vereinen und einigen Einzelpersonen aussagekräftige Antworten zum Fragebogen erhalten. Im folgenden sind die Ergebnisse der Umfrage kurz zusammengefasst:

#### Frage 1: Hast Du schon mal etwas vom Lokalen Integrationsplan (LIP) der Landeshauptstadt Hannover gehört? Wenn ja, wo?

Einem erheblichen Teil der MSO (81,3 %) ist bekannt, dass es den Lokalen Integrationsplan gibt, nicht zuletzt aufgrund der aktuellen Thematisierung im Rahmen des Projekts. Etliche Mitglieder dieser MSO beteiligen sich bereits seit 2008 an der LIP-Diskussion.

#### **Frage 2: Kennst Du Inhalte und Ziele des LIP? Wenn ja, welche?**

Mit den Inhalten des LIP wirklich vertraut sind allerdings nur 62,5 %. Die am stärksten bekannten Felder sind **Integration, Antidiskriminierung, Antirassismus, Partizipation und Teilhabe, Soziales und Bildung.**

#### **Frage 3: Hat sich durch den LIP etwas für Dich verbessert?**

Von einem erheblichen Teil der Auskunftgeber\*innen (40,6 %) wurde dies verneint. 31,3 % bejahten die Frage, 28,1 % konnten nicht einschätzen, ob der LIP für sie persönlich positive Wirkung zeigt.

An Verbesserungen durch den LIP wurden genannt:

- Erleichterung der Arbeit der Integrationsbeiräte
- Verbesserung der Ausbildungsanerkennung für Migrant\*innen aus Osteuropa und Südamerika
- Einbindung der MSO durch die Stadtverwaltung in Sprach- und Ankommensangebote
- Größere gesellschaftliche Offenheit
- Bessere Vernetzung der MSO mit Jobcenter, Wohnungsamt etc.

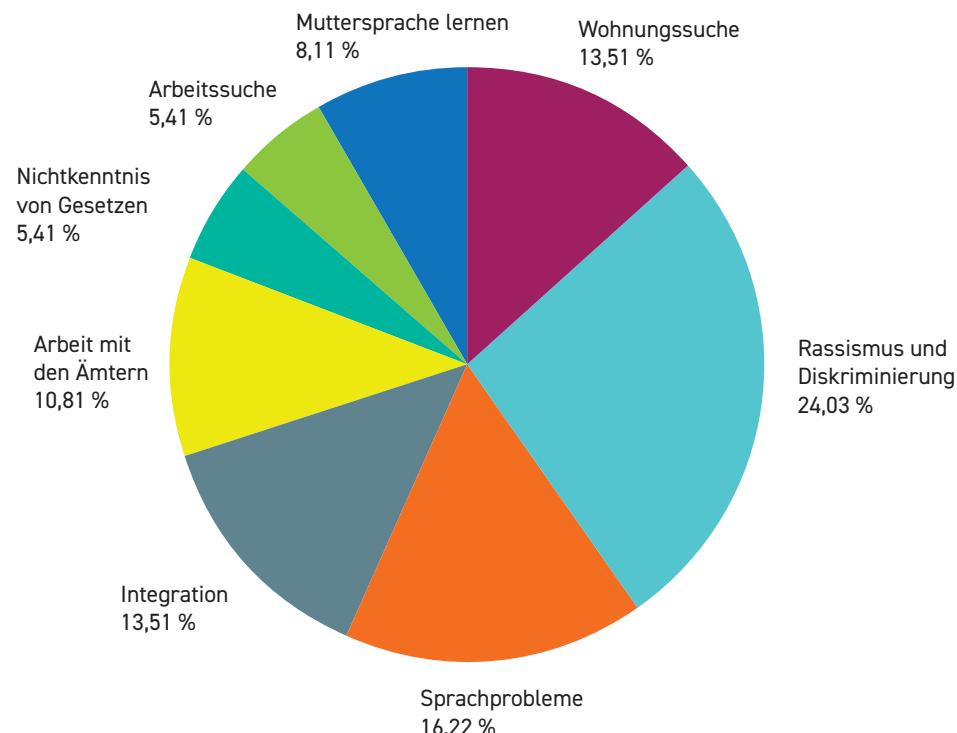
#### **Frage 4: Welche Probleme hast Du als Migrant\*in im Alltag?**

Auf diese Frage wurde am ausführlichsten geantwortet:

- Keine wirkliche Integration seitens der Deutschen
- Ausgrenzung
- Rassismus und Diskriminierung allgemein
- Diskriminierung auf Ämtern / bei Behörden
- Problematik des Spagats zwischen den Kulturen des Herkunftslandes und Deutschlands

- Zu wenige erschwingliche Deutschkurse, mangelnde Gelegenheit, Deutsch zu sprechen
- Wohnungssuche, insbesondere für Newcomer\*innen
- Verstöße gegen das Arbeitsrecht (Gehalt, Arbeitszeit), gegen die sich Migrant\*innen schlechter wehren können
- Das Fehlen mehrsprachigen (offiziellen) Informationsmaterials
- Angst aufgrund wachsender Ausländer\*innenfeindlichkeit
- Fehlende Anerkennung der wirtschaftlichen und sozialen Beiträge der Migrant\*innen
- Fehlende Anlauf- und Beratungsstellen

### **Hauptprobleme für Migrant\*innen**



### **Frage 5: Hast Du Lust, mit Deiner Organisation aktiv Vorschläge zum neuen LIP zu machen?**

Die Frage wurde von einem Großteil der Befragten bejaht (84,4 %).

Ad hoc wurden folgende Vorschläge angeführt:

- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung
- Bessere Kommunikation zwischen Behörden und MSO
- Gute und günstige Sprachkurse
- Wohnquartierbezug als wichtige Voraussetzung für eine gelungene Integration
- Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit
- Gründung eines Hauses der Kulturen
- Gründung zweisprachiger Kindergärten
- Unterstützung bei der Hausaufgabenhilfe
- Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Integrationsbeirats
- Förderung der Muttersprache in den Schulen
- Gemeinsames Kulturhaus für die MSO, in dem jeder Verein einen Raum hat
- Wahl des Vorsitzenden der Integrationsbeiräte durch die Mitglieder selbst
- Generelle Stärkung des Integrationsbeirats durch Ausstattung etc.
- Einführung einer Beschwerdestelle für Migrant\*innen, wo diese in ihrer Muttersprache Beschwerde führen können

### **Workshops von MSO zum LIP**

Im Rahmen von Workshops zum LIP, unter anderem geleitet von der Initiative für internationalen Kulturaustausch e.V. Hannover/Nds. (IIK) und dem Afrikanischen Dachverband Nord e.V. (ADV Nord), wurden weitere Bestandsaufnahmen gemacht und Vorschläge zur Weiterent-

wicklung des LIP erarbeitet. Als Diskussionsgrundlage diente unter anderem der auf der 2. Migrationskonferenz am 24.11.2017 vorgestellte, umfassende Forderungskatalog, den zahlreiche Hannoversche Migrant\*innenSelbstOrganisationen aus unterschiedlichen Kulturen und Communities gemeinsam und demokratisch entwickelt haben:

- Förderung der Herkunftssprachen und deren Zulassung als 2. Fremdsprache bis zum Abitur
- Runder Tisch für die Förderung der Chancengleichheit von Menschen mit Migrationsgeschichte im Bildungsbereich
- Teilhabe am kulturellen Leben: Angebote kultureller Institutionen sollen so vielfältig gestaltet werden, dass sie für Menschen aus verschiedenen Kulturen ansprechend werden.
- Spezifische Förderungsmaßnahmen in verschiedenen Lebensbereichen (Bildung, Arbeit, soziales Engagement) für Frauen mit Migrationsgeschichte
- Zunahme von mehrsprachigen Hilfs- und Pflegeangeboten insbesondere für ältere Migrant\*innen
- Erhebliche Verbesserung der Unterbringung von Geflüchteten: Flüchtlingswohnheime bedeuten eine soziale Ausgrenzung von Geflüchteten. Sie sollen nur als eine Notlösung und für eine möglichst kurze Zeit betrachtet werden.
- Erleichterung des Zugangs zu Sprachkursen und Qualifizierungsmaßnahmen für alle Geflüchteten
- Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger\*innen
- Migrant\*innenSelbstOrganisationen (MSO) müssen im Prozess der Evaluation und Weiterentwicklung des Lokalen Integrationsplans (LIP) nicht nur einbezogen werden, sondern eine Schlüsselrolle spielen.

Die Ergebnisse der Workshops werden im Folgenden nach Möglichkeit an den Handlungsfeldern des LIP orientiert dargestellt:

## Vorschläge für und Forderungen an die Stadtverwaltung

### Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Trotz einer deutlichen Zunahme interkultureller Kompetenz bei den Behörden und Ämtern der Landeshauptstadt Hannover (LHH) gibt es nach wie vor Kritikpunkte. Der Verweis auf Deutsch als Amtssprache ist wenig hilfreich, wenn Menschen, aus welchen Gründen auch immer neu, nach Deutschland kommen und sich noch nicht in deutscher Sprache verständlich machen können. Noch schwerer wiegt die Tatsache, dass es bei einem Besuch bei der Ausländerbehörde vorkommen kann, dass das sprachlich begrenzte Kommunikationsvermögen ausländischer Menschen zu deren Ungunsten ausgenutzt wird und nachträglich Tatbestände oder Verabredungen behauptet werden, die schlichtweg falsch sind. Es kann nicht sein, dass es notwendig ist, deutschsprachige Begleitpersonen als Zeug\*innen mitzunehmen, um fair behandelt zu werden.

- Eine zentrale und generelle Forderung an den neuen LIP ist die Erhöhung des Anteils von Beschäftigten mit Migrationsgeschichte auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung.
- Aufgrund der noch fehlenden Mehrsprachigkeit innerhalb der Verwaltung müsste ein kostenneutraler, flexibler und zeitnah verfügbarer Pool von Dolmetscher\*innen geschaffen werden, der zudem über eine adäquate Bandbreite inner- und außereuropäischer Sprachen und Dialekte verfügt.
- Kommunikation zwischen Behörden und Migrant\*innen-SelbstOrganisationen

Jede\*r Geflüchtete kommt nach seiner / ihrer Ankunft in Deutschland zwangsläufig mit Behörden und Ämtern, wie dem Sozialamt, der Ausländerbehörde und / oder dem Jobcenter in Kontakt. Diese sind häufig die erste Anlaufstelle für die Menschen und dienen somit als wichtige Informationsquelle. Daher ist es nötig und besonders wichtig, dass diese Stellen relevante erste Informationen, die den Geflüchteten zur Orientierung und dem Ankommen in Deutschland dienen, zur Verfügung stellen können. Das breite Angebot und die Hilfe, die Migrant\*innenSelbstOrganisationen in Hannover und Umgebung anbieten und leisten (beispielsweise Deutschkurse, Beratungsangebote, Integrationsförderung oder Unterstützung bei Alltagsbelangen) sollte bei den Behörden besser bekannt sein, um so wichtige Informationen weitergeben zu können.

Außerdem sollte die Verwaltung dahingehend verpflichtet werden, sich in ihrer Arbeit aktiver um Verständnis für Anliegen der MSO-Vereine zu bemühen. Als Beispiel wurde das Procedere bei der Stellung von Projektanträgen genannt: Momentan werden solche Anträge nicht selten abgelehnt, weil etwas falsch ausgefüllt wurde, bzw. unverständlich

### Zusammenfassung der Umfrageergebnisse

- Einer Mehrzahl der MSO ist der LIP zwar ein Begriff, seine Inhalte sind oftmals allerdings eher vage oder gar nicht bekannt.
- Viele MSO können nicht absehen, ob der LIP positiven Einfluss auf ihr Leben hat.
- Fast alle MSO haben Interesse daran, aktiv Vorschläge zur Weiterentwicklung des LIP einzubringen.
- Ein Großteil der Antwortgeber\*innen sieht sich migrant\*innenspezifischen Alltagsproblemen ausgesetzt, insbesondere in puncto Rassismus, (institutioneller) Diskriminierung, Sprache und Integration.

für die Verwaltung ist. Ziel sollte sein, dass die Verwaltung in solchen Fällen an den Verein herantritt und versucht, die Sachlage zu klären. Generell müsste die Stadt schneller und flexibler auf die Veränderungen in der Bevölkerungszusammensetzung reagieren, auch innerhalb der Gruppe der Migrant\*innen.

- **Der Informationsfluss und die Kommunikation zwischen den Behörden und den Migrant\*innenSelbstOrganisationen muss weiter verbessert und verstärkt werden.**
- **Zudem sollten alle Ausgaben der Stadt daraufhin geprüft werden, inwieweit sie anteilig gerecht auch den Menschen mit Migrationsgeschichte zugute kommen.**

### **Vorschläge und Forderungen im Bereich Stadtleben**

#### **Verbesserung der Wohnraumpolitik als Voraussetzung für Integration**

Die derzeitige Mietpreisentwicklung fördert eine Gettobildung, deren negative Konsequenzen am Beispiel Frankreichs deutlich werden. Um eine solche Entwicklung abzuwenden, müssen die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationsgeschichte ernstgenommen und maßgebliche ordnungs- und wohnungspolitische Maßnahmen ergriffen werden. Menschen mit Migrationsgeschichte sind bei der Wohnungssuche zusätzlich benachteiligt und geförderter Wohnraum forciert häufig die besagte Gettoisierung.

Oft verbleiben Geflüchtete vor dem Umzug in eine eigene Wohnung jahrelang in der ihnen zugewiesenen Unterkunft. Im günstigen Fall entwickeln sie währenddessen eine Beziehung zu ihrem Wohnumfeld / Stadtteil, sei es durch konkrete zwischenmenschliche Kontakte

in Nachbarschaft und Schule oder alltägliche Dinge wie dem Einkauf in einem bestimmten Supermarkt oder die Freizeitgestaltung an nahegelegenen öffentlichen Orten und Plätzen. Trotz des angespannten Wohnungsmarktes sollte sich die Landeshauptstadt Hannover des Problems bewusster werden, dass es insbesondere für Menschen mit Fluchterfahrung mehr als schwer ist, nochmals die gerade gewachsenen, zarten Wurzeln im Quartier ausreißen zu müssen. Speziell für Schul- und KiTa-Kinder ist es unzumutbar, sich wieder an neue Schulen gewöhnen bzw. neue Freundschaften aufzubauen zu müssen.

#### **Kulturelle Sensibilität**

Darüber hinaus sollte bei der Fördermittelvergabe die kulturspezifisch unterschiedliche Gewichtung von Lebensbereichen berücksichtigt werden, beispielsweise die Tatsache, dass Feiern und gemeinsames Essen für viele eingewanderte Menschen eine wichtige Rolle bei Kulturveranstaltungen spielt.

- **Wohnungspolitik muss sich stärker an den Bedürfnissen der Geflüchteten orientieren, um eine neuerliche Vereinsamung und die erhebliche Störung eines gerade begonnenen Integrationsprozesses zu vermeiden.**
- **In den zuständigen Gremien zur Quartiersentwicklung müssen Menschen mit Migrationsgeschichte entscheidungsbefugt und in ausreichender Zahl vertreten sein.**
- **Im Kulturbüro und Entscheidungsgremien sollten anteilig gerecht auch Migrant\*innen beschäftigt bzw. vertreten sein.**

## Vorschläge und Forderungen im Bereich Bildung

Bildung ist eine Grundvoraussetzung für Chancengleichheit und Partizipation. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die Bildungssituation für Kinder. Auch hier darf keine Gettoisierung stattfinden, die zur Entstehung sogenannter Brennpunktschulen führt. Außerdem dürfen Kinder mit Migrationsgeschichte bei den Empfehlungen zum Gymnasium nicht mehr benachteiligt werden. Weiterhin sollten im Ausland erworbene berufliche und akademische Qualifikationen in Deutschland leichter Anerkennung finden.

- **Es sollte eine bedarfsgerechte Unterstützung der migrantischen Eltern stattfinden, um diese in die Lage zu versetzen, ihre Kinder bei der Schulausbildung zu fördern.**
- **Die Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse muss beschleunigt und die Praxis reformiert werden, um einen schnelleren Zugang zum deutschen Bildungssystem und zum Arbeitsmarkt zu schaffen.**

## Vorschläge und Forderungen im Bereich Wirtschaft

Oftmals scheitern Menschen mit Migrationsgeschichte, die sich beruflich selbstständig machen möchten, an der Nichtkenntnis von Auflagen und Notwendigkeiten, die das deutsche (Wirtschafts)system vorsieht.

- **Gezielte Angebote sind notwendig, um Menschen mit Migrationsgeschichte Existenzgründungen zu erleichtern. Das umfasst eine spezifische Beratung hinsichtlich der einzuhaltenden Formalitäten ebenso wie logistische und finanzielle Unterstützung.**

## Vorschläge und Forderungen im Bereich Demokratie / Beteiligung

### Unterstützung der migrantischen Öffentlichkeitsarbeit

Im Interesse der Partizipation ist es wünschenswert, dass kleine Vereine und Migrant\*innenSelbstOrganisationen Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit erhalten. Denkbar wäre eine von der LHH betriebene Website, auf der zum einen alle Migrant\*innenSelbstOrganisationen mit Kontakt aufgeführt sind und zum anderen Veranstaltungen, Hinweise und ähnliche Inhalte veröffentlicht werden können. Darüber hinaus verfügen viele Vereine und Organisationen nicht über das technische Know-how, um Blogs einzurichten oder Material für Veröffentlichungen zu erstellen. Hier könnte die Landeshauptstadt mit Workshops o. ä. unter die Arme greifen. Es ist schade, dass viele qualitativ hochwertige Programme und Angebote nicht wahrgenommen werden, weil die Reichweite der Ankündigungen nicht groß genug ist.

- **Zurzeit bezieht sich die Internetseite der Stadt zu wenig auf in Hannover lebende Migrant\*innen und wendet sich scheinbar hauptsächlich an Tourist\*innen. Dies gilt es zu verändern, wünschenswert wäre eine Kooperation mit „Welt in Hannover“.**

- **Darüber hinaus sollten Migrant\*innenSelbstOrganisationen logistisch und finanziell stärker bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden.**

### - Rassismus und Diskriminierung

Hinsichtlich einer verbesserten interkulturellen Verständigung wurde gefordert, dass die Stadt gezielte Anstrengungen unternehmen sollte, das allgemeine Bewusstsein dahingehend fördern, dass Menschen mit Migrationsgeschichte nicht **Die Anderen** sind, sondern gleichberechtigte Mitbürger\*innen.

### - Demokratie

Eine Teilhabe für Migrant\*innen an der Demokratie erfordert die Unterstützung von Begegnungsstätten und Dialogmöglichkeiten, die Initiierung niedrigschwelliger Diskussionsveranstaltungen und ein kommunales Wahlrecht für alle, die in der Gemeinde leben.

- Als einzig nachhaltig wirksames Mittel gegen Rassismus wird eine breite Aufklärung der Gesamtbevölkerung durch Bildung gesehen.
- Die gesamtgesellschaftliche Leistung von Migrant\*innen muss öffentlich gemacht werden.
- Wir fordern nachdrücklich, dass Migrant\*innen nicht nur als Ideengeber, sondern als aktiv Mitgestaltende und Entscheidungsbeteiligte fungieren können. In dieser Funktion sollte Migrant\*innen nicht länger nur ausschließlich ehrenamtlich tätig sein, sondern mit eigens dafür bereitgestellten finanziellen Mitteln ausgestattet werden.
- Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Migrant\*innen



## Geschichte und Vision

Der kargah e.V. wurde 1980 durch eine Gruppe politisch verfolgter Exil-Iraner\*innen gegründet, die sich gegenseitig im Alltag unterstützten und gemeinsam politisch organisierten. Mittlerweile hat sich kargah zu einem renommierten interkulturellen Verein mit Mitarbeiter\*innen aus über 20 Herkunftslandern entwickelt und setzt sich für eine interkulturelle Öffnung und die Begegnung aller auf Augenhöhe ein. **kargah ist offen für alle Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte und erweitert stetig seine Unterstützungs- und Bildungsangebote.**

Unsere Vision ist die Selbstverständlichkeit eines friedlichen Zusammenlebens und einer Gleichberechtigung aller Menschen. Integration oder genauer gesagt Inklusion bedeutet für uns, bestehende Strukturen und Normen kritisch zu hinterfragen und die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sich alle in einer demokratischen, pluralistischen Wertegemeinschaft einbringen und verwirklichen können. Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Homophobie und Diskriminierung haben keinen Platz in einer solchen Gemeinschaft. **Entsprechend umfasst unser Leitgedanke die Inklusion durch Vielfalt und Gleichberechtigung, den Schutz verfolgter Frauen und die Unterstützung von Geflüchteten und Migrant\*innen.** Um diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen, sind wir bei kargah einen langen und oft schweren Weg gegangen, einen Weg mit unzähligen Auseinandersetzungen mit Politik und Verwaltung.

## Bildung und Qualifizierung bei kargah

Das Ziel der pädagogischen Arbeit von kargah e.V. ist es, Menschen verschiedener Herkunft und mit unterschiedlichen Lernerfahrungen dabei zu unterstützen, in verschiedenen Lebenssituationen möglichst autonom, solidarisch und kompetent handeln zu können. Die Angebote sind nach den Bedürfnissen von Migrant\*innen und Geflüchteten ausgerichtet und so vielfältig wie die Menschen, die sie nutzen. In einem Prozess des Voneinanderlernens, einem Geben und Nehmen inmitten kultureller, sprachlicher und menschlicher Vielfalt schaffen wir gemeinsam eine Atmosphäre, in der sich alle willkommen und respektiert fühlen können. Wir bemühen uns, ein passendes Angebot für jeden anzubieten, von Deutsch-, Persisch- und Arabischkursen über PC-Kurse oder Hausaufgabenbetreuung bis hin zu Veranstaltungen im Rahmen politischer Bildung oder Qualifizierungsmaßnahmen, berufsbezogener Deutschförderung (ESF-BAMF) oder „Kontaktstudium“.

**Auf politischer Ebene setzt sich kargah für eine gerechtere Verteilung der Bildungsressourcen ein und wendet sich so gegen strukturelle Diskriminierung.** Weithin wird beispielsweise die sprachliche Weiterbildung von und für Migrant\*innen als reine Vorbereitung auf ‚echte‘ Sprachkurse betrachtet, die dann von anderen, scheinbar besser qualifizierten Bildungsträgern übernommen werden. **Bei einer so heterogenen Gruppe wie der der Migrant\*innen muss Weiterbildung jedoch immer bedarfsoorientiert sein, richtet sie sich doch an die**

*Flüchtlinge*  
• Förderung von Mehrsprachigkeit  
• Sozialer und kognitiver  
• Feste Wertschätzung der  
• Individualität  
• Interkulturalität  
• Interaktion  
• Erweiterung  
• nur für best. Menschen offen  
• Zugang nicht von Arbeitnehmern  
• Sprachförderung von Unternehmen  
• Kontaktkontakt von Unternehmen  
• Anreiz zu Lernen und Schreiben  
• Kontakt zu Migrant\*innen  
• Kontakt zu Migrant\*innen  
• Zugang zu Dokumenten ab. von AT  
• Zu wenig Sprachkenntnisse  
• Förderung von Sprachkenntnissen  
• Schmale Beziehungen / Kontakt mit  
• Lernenden



**schwächsten Glieder dieser Gesellschaft. kargah greift diese Bedarfe auf, indem unsere Kurse Analphabetismus ebenso berücksichtigen wie die Tatsache, dass viele Migrant\*innen nur dann eine Teilhabe an Bildung haben können, wenn Grundvoraussetzungen wie beispielsweise Kinderbetreuung während der Kurse erfüllt werden.**

#### **Angebote, Kompetenzen, Ziele**

kargah steht für einen interkulturellen und emanzipatorischen Lern- und Beratungsansatz, der durch ein mehrsprachiges Team verwirklicht wird. Daraus ergeben sich besondere Aspekte für unsere Arbeit, wie:

- Hilfe zur Selbsthilfe
- Schaffung von Voraussetzungen zur gleichberechtigten Teilhabe von Migrant\*innen am gesellschaftlichen Leben
- Impulse für ein buntes Miteinander
- Bedarfsorientierte Bildungs-, Qualifizierungs-, Beratungs- und Kulturangebote für Geflüchtete und Migrant\*innen
- Förderung der Mehrsprachenkompetenz
- Interkulturelle Kommunikation in allen Bereichen mit entsprechenden Angeboten, Umgangsformen und Arbeitsweisen
- Interkultureller Austausch in all unseren Angeboten, in denen wir mit neuen Formaten experimentieren und eine breite Beteiligung fördern



Der kargah e.V. führte im Rahmen des Projekts LIP-Zukunfts kongress 2019 unter Zuhilfenahme vielfältiger Methoden **drei Diskussionsveranstaltungen** mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten und Teilnehmer\*innenzusammensetzungen durch, um den vor 10 Jahren entstandenen Lokalen Integrationsplan (LIP) aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten und kritisch zu beleuchten. Um ein möglichst breites Spektrum an Betrachtungsweisen und Erfahrungshintergründen einbeziehen zu können, wurde dabei besonderer Wert auf die Diversität der Herkunft und Lebensumstände der Teilnehmenden gelegt.

Aufgrund der überwältigenden Vielzahl der Ergebnisse dieser Workshops ist es uns wegen des begrenzten Raumes nicht möglich, jedes einzelne Resultat zu nennen. Entsprechend sind im Folgenden in der Regel Zusammenfassungen zu finden.

# kargah-Workshops zum LIP

---

## Workshop I

### Austausch mit dem Integrationsbeirat Linden-Limmer über den Lokalen Integrationsplan

Die zentrale Fragestellung dieses Workshops lautete: **Welche Erkenntnisse können aus dem bisherigen LIP gezogen werden und wie können diese Erkenntnisse ggf. in eine Überarbeitung einfließen?**

Als Experten für eine einführende Fragerunde standen Asghar Eslami, Jürgen Liedke und Dieter Wuttig zur Verfügung.

### Zusammenfassung der Fragerunde

- Integration als Thema wurde in ganz unterschiedliche Fachbereiche getragen.
- Die Zusammenarbeit der Verwaltung mit Migrant\*innenselbstorganisationen (MSO) zur wurde zur Selbstverständlichkeit.
- Eine tatsächliche Mitbestimmung der MSO war kaum gegeben.
- Das von den MSO erarbeitete umfassende Konzeptpapier zu allen von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Themenkomplexen fand wenig Beachtung.
- Darüber hinaus hat das Projekt LIP seit dem Bürgermeisterwechsel 2013 drastisch an Aufmerksamkeit verloren.
- Das Thema Integration wurde 2013 ins Sozialdezernat verschoben, wird somit nicht mehr vom Oberbürgermeisterbüro koordiniert und strahlt als Folge nicht mehr auf alle Fachbereiche der Verwaltung aus.
- Das für alle zwei Jahre geplante Controlling fand seit 2012 nicht mehr statt, sodass der LIP nicht lebendig und offen blieb für neue Themen.

### Wie lässt sich die Arbeit der Integrationsbeiräte bewerten?

#### Diskussionsergebnisse:

- Die durch den LIP eingeführten Integrationsbeiräte wurden quasi „von oben herab“ installiert, ohne Einbeziehung der Bezirksräte.
- **Eine politische Mitbestimmung ist formal nicht vorgesehen. Die offiziellen Aufgaben beschränken sich auf die Vergabe von Fördergeldern an Stadtteilprojekte mit interkulturellem Hintergrund.**
- Trotz der formal begrenzten politischen Einflussnahme der Integrationsbeiräte können sich diese zu gesellschaftlichen und politischen Themen zu positionieren, Forderungen aufstellen und deren Umsetzung konsequent verfolgen. Um diese Chance politischer Teilhabe nicht ungenutzt zu lassen, sollten die Integrationsräte ihre Arbeit trotz bislang beschränkter Möglichkeiten fortführen. Nur so gibt es eine Perspektive, dass sich ihr politischer Einflussbereich in Zukunft auch institutionell erweitert.
- **Der ursprüngliche Plan, dass Integrationsbeiräte als eine Art Sprungbrett dienen sollten, um Menschen mit Migrationshintergrund in die Bezirks- und Stadträte zu bringen, hat sich nicht erfüllt.**

## Wie kann ein besseres Controlling des LIP hinbekommen werden und wie kann dabei die Rolle der Integrationsbeiräte aussehen?

### Diskussionsergebnisse:

- Der aktuelle LIP wurde von einer großen Mehrheit des damaligen Stadtrats beschlossen, somit ist der jetzige Stadtrat als Nachfolger direkt für die Umsetzung des LIP verantwortlich.
- Die Politik versäumt es, die Verwaltung dazu zu bewegen, im LIP verankerte Beschlüsse umzusetzen.
- Eine Rolle der Integrationsbeiräte könnte darin bestehen, sich auf bestimmte Punkte des LIP zu fokussieren und deren Umsetzung konsequent von der Verwaltung einzufordern.

## Ist der LIP überhaupt noch erforderlich? Sollte vielleicht ein neuer Plan aufgestellt werden?

### Diskussionsergebnisse:

Aufgrund neuer Herausforderungen ist der Bedarf nach einem LIP noch größer als vor 10 Jahren:

- Erstarken von Parteien aus dem politisch rechten Spektrum
- Massive Zunahme der Gruppe von Geflüchteten

Der LIP kann jedoch nicht einfach in der jetzigen Form fortgeführt werden, er braucht eine Weiterentwicklung, bzw. eine Umsetzung bereits formulierter Forderungen:

- Entwicklung von Projekten zur politischen Bildung durch Integrationsbeiräte und Migrant\*innenSelbstOrganisationen
  - Interkulturelle Öffnung der Verwaltung
  - Vorantreiben der interkulturellen Kompetenz der Stadtverwaltung
  - Verbesserung des Austauschs zwischen Verwaltung und MSO
- Notwendig ist zudem die Evaluation der Punkte des LIP, die sich als bislang nicht praktikabel erwiesen haben.

## Wie kann der LIP mehr Stadtbewohner\*innen und Menschen mit Migrationshintergrund einbeziehen?

### Diskussionsergebnisse:

- Die Integrationsbeiräte sollten politischer agieren, sichtbarer werden in den Stadtteilen und sich selbst nicht nur mit ihrer offiziellen Aufgabe der Vergabe von Fördergeldern begnügen.
- Das MISO-Netzwerk Hannover e.V. könnte zu einer Plattform zur Mitarbeit und Mitgestaltung am LIP werden.
- Der angedachte Integrationsrat existiert nicht. Ursprünglich sollte er zwischen Oberbürgermeisterbüro und Verwaltung angesiedelt sein. Er muss ins Leben gerufen werden.
- Überlegenswert wäre, ob Verwaltungsangestellte Mentor\*innen mit Migrationshintergrund zur Seite gestellt bekommen sollten.
- Es sollte eine umfangreiche Bestandsaufnahme zur Integration in Hannover gemacht werden. Stichworte: Mitgesellschaften, Gegengesellschaften, Parallelgesellschaften.
- Der Austausch von „unten“ nach „oben“ muss gewährleistet sein und gut funktionieren.

## Wünsche und Anregungen seitens der Teilnehmer\*innen für einen neuen LIP

Bei den geäußerten Vorschlägen handelt es sich nicht zwangsläufig um originär neue Forderungen, sondern maßgeblich um Punkte, die als bislang nicht verwirklicht wahrgenommen wurden:

- Wissenschaftliche Evaluation und konkrete Analyse zur momentanen Lage von Integration / Zielüberprüfung von unten nach oben
- Sicherstellung eines regelmäßigen Controllings des LIPs durch eine

unabhängige Kommission unter Beteiligung von Migrant\*innen

- Demokratieförderung und Kampf gegen Rassismus
- Maßnahmen hinsichtlich der Stadtverwaltung:
  - Kritische Überarbeitung und Hinterfragung institutionalisierten Handelns
  - Überprüfung des konkreten Verwaltungshandelns
  - Interkulturelle Öffnung der Verwaltung
  - Bessere Qualifizierung von Behördenmitarbeitern
  - Verbesserte Kommunikation zwischen Behörden und MSO
- Öffentlichkeitsarbeit zum LIP, breite Vermittlung der Inhalte und Möglichkeiten
- Den LIP mit Leben füllen: Aktivierung durch Information an Migrant\*innen und Organisationen
- Konkrete Beteiligungsformen am LIP
- Integrationsbeiräte müssen formal an Stadtentwicklungsthemen beteiligt werden.
- Konkrete Integrationspolitik und größere Unterstützung für MSO
- Anpassung des LIP an Lebenssituationen der Migrant\*innen
- Wohnquartierbezug als wichtige Voraussetzung für eine gelungene Integration
- Schnittstellen schaffen: Verwaltung, Politik, Integrationsbeiräte, Einwohner\*innen
- Raum im LIP für innovative Formate, Bereitschaft zur Fehlerkultur und zum Ausprobieren, agile, inklusive Teams bilden
- Begegnungsorte und Handlungsräume schaffen, Dialog und Konsens suchen
- Sozialen Austausch fördern und Isolation entgegentreten
- Einbezug insbesondere junger und älterer Menschen durch Bereitstellung interkultureller Treffpunkte und Altersheime

## Zusammenfassung der Forderungen und Vorschläge zum LIP

- Bestandsaufnahme zur Lage der Integration in Hannover
- Erweiterung der formalen Kompetenz der Integrationsbeiräte – politische Mitbestimmung
- Integrationsbeiräte müssen formal an Stadtentwicklungsthemen beteiligt werden.
- Einsetzung des geplanten Integrationsrats
- Erhöhung des Anteils von Migrant\*innen in den Bezirks- und Stadträten
- Entwicklung von Projekten zur politischen Bildung durch Integrationsbeiräte und Migrant\*innenSelbst-Organisationen
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung
- Vorantreiben der interkulturellen Kompetenz der Stadtverwaltung
- Verbesserung des Austauschs zwischen Verwaltung und MSO
- Breite Öffentlichkeitsarbeit zum LIP
- Wohnquartierbezug als wichtige Voraussetzung für eine gelungene Integration
- Sicherstellung eines regelmäßigen Controllings des LIPs durch eine unabhängige Kommission unter Beteiligung von Migrant\*innen
- Konkrete Beteiligungsformen am LIP
- Anpassung des LIP an Lebenssituationen der Migrant\*innen
- Demokratieförderung und Kampf gegen Rassismus

## Workshop II

### Anregungen zur Überarbeitung des Lokalen Integrationsplans (LIP) aus der Perspektive von Geflüchteten und Ehrenamtlichen



Behandelt wurden die drei Themenbereiche **Bildung, Wirtschaft** und **Stadtleben**. Der Aspekt Soziales sollte in alle Bereiche einfließen.

#### Schritt 1

Nach der Begrüßung und einer Vorstellungsrunde wurde der Fragebogen „Evaluation des lokalen Integrationsplans“ ausgefüllt.

#### Schritt 2

Anschließend wurden drei Gruppen gebildet. Jede Gruppe befasste sich mit einem der oben genannten Themen. Aufgabe war es, auf großen Flipchart-Bögen, je nach Thema, Anregungen und Gedanken zum LIP festzuhalten. Zusätzlich gab es einen Bogen, auf dem frei und themenunabhängig Gedanken formuliert werden konnten.

#### Ergebnisse Bogen 1 – Bildung:

- Anerkennung von MSO-Bildungsorganisationen
- Finanzielle Sicherung der Bildung für Flüchtlinge / Migrant\*innen
- Förderung informeller Bildung, die Lebenserfahrung einbezieht, Begegnung ermöglicht und auf den Aufbau von Selbstbewusstsein abzielt
- Unterstützung beim Anerkennungsverfahren von Migrant\*innen, um zeitnahe Weiterbildung zu ermöglichen
- Integrationskurse für alle mit umfassenden Informationen über die deutsche Kultur und Politik

- Weiterbildung für Migrant\*innen aller Altersstufen
- Gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle, unabhängig vom Aufenthaltsort
- Alters- und statusunabhängige Förderung für alle
- Ausbildungsförderung für alle
- Vorkurs vor dem Integrationskurs  
(Grundlagen zum Aufbau und Verständnis der Sprache)
- Zugang zu passenden Deutschkursen für alle von Anfang an
- Automatisierung der Sprachunterstützung von Kindern
- Strukturierte Nachhilfeangebote im Bereich Sprache
- Interkulturelle Kompetenz bei Pädagog\*innen verbessern
- Unterlagen (Studium, Zeugnisse) müssen anerkannt werden
- Umschulung für noch nicht anerkannte Flüchtlinge
- Studienberatung und Studienmöglichkeit für junge Menschen
- Studienmöglichkeit für Menschen ohne Aufenthaltstitel
- Kombinationsmöglichkeiten von Sprache / Bildung / Arbeit
- Frühere Integrationsmöglichkeiten in Arbeit / Arbeitsmarktprojekte
- Berufliche Orientierung, Kontakte zu helfenden Stellen etc.
- Weiterbildung für Eltern (Ü 50) im Hinblick auf Ehrenamt

#### Ergebnisse Bogen 2 – Wirtschaft:

- Unabhängige Institution zur Unterstützung bei der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen
- Mehrsprachige Informationen
- Bessere Informationspolitik – an wen wende ich mich bei verschiedenen Fragestellungen?
- Aufklärung über Arbeitnehmer\*innenrechte
- Verkürzung der Bearbeitungsdauer hinsichtlich der Arbeitserlaubnis
- Sinnvolle und zeiteffiziente Maßnahmen des Job-Centers
- Praktika, um Arbeitsbereiche kennenzulernen

- Arbeitserlaubnis auch bei Duldung – keine Arbeitsverbote
- Führerschein in allen Sprachen
- Möglichkeit, einen Zweitjob auszuüben
- Verdienstmöglichkeiten von Geflüchteten an den Lohn deutscher Bürger\*innen anpassen
- Abschaffung des Arbeitsnachweises für Familienzusammenführung

#### **Ergebnisse Bogen 3 – Stadtleben Wohnen:**

- Integration setzt Wohnung und Arbeit voraus.
- Keine Abschiebung, wenn man sich schon in Hannover integriert hat
- Zu langes Wohnen im Wohnheim
- Verpflichtung von Wohnungsbaugesellschaften durch die Stadt – Vermietung von Wohnungen an sozial Schwache und Geflüchtete
- Mehr privater Wohnraum – eigene Wohnungen
- Mehr Unterstützung / Begleitung, wenn Menschen aus den Unterkünften in ihre Wohnungen ziehen
- Sozialarbeiter\*innen sollten Kontaktmöglichkeiten zur Zivilgesellschaft verbessern
- Schwerer Zugang zur Zivilbevölkerung, die einzige Möglichkeit ist der Nachbarschaftskreis
- Größere, kostenlose Beteiligungsmöglichkeiten in Vereinen, Netzwerken, stadtteilbezogenen Organisationen
- Mehrsprachige Begegnungsorte schaffen
- Mehr Privatsphäre / bessere Ausstattung in den Flüchtlingsunterkünften
- Partizipation am Wohnheim-Beschwerdemanagement

#### **Ergebnisse Bogen 4 – Allgemein:**

- Unterstützung für alleinerziehende Mütter, z.B. Sprachkurse mit Kinderbetreuung
- Vereinfachung des Nachzugs von Familienangehörigen
- Informationsveranstaltungen der Stadt für Migrant\*innen in deren Muttersprache
- Behördenpost in möglichst einfacher Sprache halten
- Breite Maßnahmen, um Rechtspopulismus, Alltagsrassismus und institutionelle Diskriminierung zu verhindern / zu bekämpfen

#### **Schritt 3**

Die Themen Bildung, Wirtschaft und Stadtleben wurden in kleinen Diskussionsgruppen vertieft.

#### **Diskussionsgruppe Bildung**

- Zeugnisse werden nur zum Teil anerkannt, das Procedere ist zudem kostenpflichtig.
- Benachteiligung von Geflüchteten bei Stellenbewerbungen
- Jobvergabe läuft häufig über Kontakte und Beziehungen, die Migrant\*innen (noch) nicht haben.
- Ausgebildete und berufserfahrene Migrant\*innen müssen Ausbildung hier ein zweites Mal absolvieren.
- Hochqualifizierte Geflüchtete haben keine Chance, eine entsprechende Arbeit zu finden.
- Asylverfahren dauern zu lange, Unterbringung der Geflüchteten ist zu dezentral.
- Die Vernetzung von ehrenamtlich Engagierten muss verbessert werden.

### Anregungen:

- Gezielte Förderung von Projekten wie Speed Dating zwischen Firmen, die Ausbildungsplätze anbieten, und Geflüchteten, die einen Ausbildungsplatz suchen
- Vermehrte Förderung von Sprachlernklassen in den Schulen
- Förderung von gemeinsamen und betreuten Begegnungsorten, um den häufig isolierten Geflüchteten Kontakt zu Deutschen zu ermöglichen
- Gezielte Förderung von Tandem-Programmen
- Gezielte Förderung mehrsprachiger Kitas. Die wenigen bilingualen Kitas sind kostenpflichtig und kommen für Kinder von Geflüchteten bislang nicht infrage.
- Verstärkte Förderung muttersprachlicher Bücher für Kinder

### Diskussionsgruppe Wirtschaft:

Zunächst wurde untersucht, inwieweit sich der LIP zum Thema Wirtschaft äußert. Es stellte sich heraus, dass viele Aspekte nicht wirklich etwas mit Integration zu tun haben, beispielsweise die Erhöhung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Hannover für internationale Investoren. Die Diskussion selbst verlagerte sich praktisch immer in Richtung Bildung, was verdeutlicht, dass Bildung die Grundlage für Arbeit und Teilhabe an der Wirtschaft ist.

- Schulabschlüsse sind besser als jede Jobcenter-Maßnahme.
- Beratungsgespräche sollten junge Menschen erster Linie zu einer besseren Schulbildung motivieren.
- Mehr maßgeschneiderte Möglichkeiten für Menschen über 25
- Mehr berufsbezogene Sprachkurse, oft steht lediglich die Sprachbarriere der Arbeit im Weg.
- Familiennachzug macht Menschen ausgeglichener und leistungsfähiger.

- Vereinfachte berufliche Einstiegsmöglichkeiten in erlernte Berufe, beispielsweise durch Praktika.
- Missbrauch befristeter Arbeitsverträge gegenüber Migrant\*innen
- „Sprachkurse sollten für Menschen mit Vorbildung über Kindergarten-Niveau liegen.“
- Mehr Beratung zu Existenzgründungen. Stichworte: Soziales, Steuern, Versicherung.“
- Ohne Ausbildungsbescheinigung ist die Bezahlung trotz gleicher Tätigkeit oft schlechter.

### Diskussionsgruppe Stadtleben:

Flüchtlingsunterkünfte:

- Privatsphäre
- Selbstbestimmung über Besucher\*innen, Besuchszeiten und -dauer
- keine Zimmerkontrolle
- Recht auf private Anschaffungen, zumal Flüchtlinge oft jahrelang in Unterkünften leben
- Durchmischung der Wohnungsbelegung
- Wohnverbot im Fall von Beschwerde
- Mehr soziale Unterstützung
- Kontrolle der Arbeit der Sozialarbeiter\*innen
- Beseitigung des Problems der Segregation
- Besserer Zugang zu Informationen (Übergangsmanagement)
- Mehr Sozialer Wohnungsbau
- Anreize für Wohnprojekte schaffen
- Kontaktstelle für Dialog von Mieter\*in / Vermieter\*in
- Häufig erhalten Geflüchtete nicht einmal eine Antwort, wenn sie sich auf Wohnungen bewerben. Zudem gibt es Probleme, wenn Mietverträge für sie unverständlich sind.

## Zusammenfassung der Forderungen und Vorschläge zum LIP

### Bildung:

- Anerkennung von MSO-Bildungsorganisationen
- Finanzielle Sicherung der Bildung für Flüchtlinge / Migrant\*innen
- Förderung informeller Bildung
- Weiterbildung für Migrant\*innen aller Altersstufen und Statusgruppen
- Arbeitserlaubnis für Migrant\*innen aller Statusgruppen
- Anpassung der Sprachkurse an individuelle Vorkenntnisse und Fähigkeiten
- Gezielte Förderung von Tandem-Programmen
- Anerkennung von im Herkunftsland erworbenen Ausbildungen und Abschlüssen
- Zeitnahe Vermittlung in Ausbildung, Weiterbildung, Praktika und Arbeit
- Schaffung von interkulturell kompetenten Beratungsstellen
- Schulung der interkulturellen Kompetenz von Lehrenden
- Vermehrte Förderung von Sprachlernklassen in den Schulen
- Gezielte Förderung mehrsprachiger Kitas

### Wirtschaft:

- Unterstützung bei der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen
- Mehrsprachige Informationen
- Aufklärung über Arbeitnehmerrechte
- Schnellere Erteilung der Arbeitserlaubnis
- Sinnvolle und zeiteffiziente Maßnahmen des Job-Centers
- Arbeitserlaubnis für alle Statusgruppen
- Führerschein in allen Sprachen
- Umfassende Beratung zu Existenzgründungen

- Unterstützung bei der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen
- Recht auf mehrere Beschäftigungsverhältnisse
- Gleichstellung der Löhne von Migrant\*innen und Deutschen
- Abschaffung des Arbeitsnachweises für Familiennachzug

### Stadtleben:

- Integration setzt Wohnung und Arbeit voraus.
- Zu lange Wohndauer in Flüchtlingsunterkünften
- Möglichkeit des Verbleibs im Stadtteil
- Mehr von der Stadt verwalteter Wohnraum für sozial Schwache und Geflüchtete
- Die Stadt muss mehr Wohnungen stellen
- Mehr Unterstützung beim Umzug von der Flüchtlingsunterkunft in die Wohnung
- Mehr Privatsphäre und Selbstbestimmung in den Flüchtlingsunterkünften
- Bessere Kontaktmöglichkeiten der Geflüchteten zur Zivilgesellschaft
- Schaffung mehrsprachiger Begegnungsorte

### Allgemein:

- Unterstützung für alleinerziehende Mütter
- Vereinfachung des Nachzugs von Familienangehörigen
- Muttersprachliche Informationsveranstaltungen der Stadt für Migrant\*innen
- Behördenpost muss für Migrant\*innen sprachlich zu verstehen sein
- Breite Maßnahmen gegen Rechtspopulismus, Alltagsrassismus und institutionelle Diskriminierung

## Workshop III

### Chancen von Geflüchteten in Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt unter Berücksichtigung der Weiterentwicklung des Lokalen Integrationsplans

Teilnehmer\*innen des Workshops waren junge Menschen, 20 bis 26 Jahre alt, die seit 2 bis 4 Jahren in Deutschland leben. Die meisten Anwesenden treffen sich bereits regelmäßig im Ernst-Korte-Haus und erhalten dort **Unterstützung und Ermutigung bei der Praktikums- und Ausbildungssuche**. Das Angebot läuft über Herrn Abayomi Bankole vom ADV Nord, der den Raum von der AWO zur Verfügung gestellt bekommen hat.

#### Zusammenfassung der Forderungen und Vorschläge zum LIP

- Gezielte berufsspezifische Sprachförderung
- Förderung der Grundbildung wie Mathematik und Informatik und der Allgemeinbildung
- Nachhilfe, intensivere Beratungsangebote und langfristige Begleitung von Geflüchteten
- Erweitertes Angebot von Sprachvermittlung
- Generelle Informationen in leichtverständlichem Deutsch
- Mehrsprachige Informationen über Praktikums- und Ausbildungsmöglichkeiten
- Verbesserte Übersetzungs- / Dolmetschangebote

Zu Beginn gab Petra-Maria Brandes (kargah e.V.) Informationen zum Projekt „**Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge (AZF)**“, das in Kooperation mit der Handwerkskammer Hannover durchgeführt wird.

**Ziel dieses Projekts ist die Vermittlung von Geflüchteten in Praktikum, Ausbildung oder Arbeit.** Voraussetzung für die Aufnahme in das Projekt sind mindestens der Passvermerk „Duldung“, sowie die Erlaubnis zur Erwerbstätigkeit. Besonders interessant für die Geflüchteten ist die

Möglichkeit, im Herkunftsland ausgeübte Berufe über eine Prüfung anerkennen bzw. teilanerkennen zu lassen, wodurch sich die Ausbildung verkürzen kann. Frau Brandes gibt auch Informationen zu der sogenannten **Ausbildungsduldung**, der 3-zu-2-Regelung (erst 3 Jahre Ausbildung, dann 2 Jahre Arbeit). Zwei der Anwesenden zeigten Interesse an einer Teilnahme im Projekt und vereinbarten einen Beratungstermin mit Frau Brandes.

#### Anschließend folgte ein allgemeiner Erfahrungsaustausch:

##### Erfahrungen der Flüchtlinge in Schule und Ausbildung:

- Die Ausbildung wird als weniger schwierig wahrgenommen als die Berufsschule.
- Erhebliche Probleme bereitet das Erlernen der berufsspezifischen Fachsprache.
- Es gibt zudem erhebliche Schwierigkeiten im Bereich Mathematik.
- Die hohen Anforderungen an Informatikkenntnisse stellen eine echte Hürde für den erfolgreichen Abschluss der Ausbildung dar.

##### Generelle Erfahrungen der Flüchtlinge:

- Probleme in puncto Aufenthaltsfragen, beispielsweise dem Entzug der Arbeitserlaubnis
- Falls Widerspruch gegen solche Beschlüsse eingelegt werden muss, ist es ein Problem, gute Anwält\*innen zu finden.
- Die Qualität der Übersetzungen und der Dolmetsch-Angebote durch das BAMF sind unzureichend.

## Kulturzentrum Faust

Das Kulturzentrum Faust im Stadtteil Linden ist ein **zentraler Ort für eine lebendige und vielfältige Kultur- und Stadtteilarbeit** und stellt seine vielseitig nutzbare Infrastruktur für Projekte und Gruppen im Bereich Kunst, Kultur, Bildung und Soziales zur Verfügung.

Auf der Grundlage praktischer Solidarität und gemeinsamer Verantwortung für das Ganze arbeiten hier Menschen und Gruppen verschiedenster Herkunft. **Über 30 Vereine und Organisationen nutzen Raum und Möglichkeiten des Kulturzentrums Faust** zur Selbstorganisation und Entfaltung eigenständiger und vor allem ehrenamtlich betriebener Arbeit. Neben Aktivitäten, Veranstaltungen und Angeboten in den Bereichen Kunst und Kultur bilden Beratungs-, Bildungs- und Qualifizierungsangebote, aber auch Beschäftigungsprojekte wichtige inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit auf unserem Gelände.



**Unsere Grundhaltung ist geprägt von Offenheit und Wertschätzung für alternative, emanzipatorische, individuelle und konstruktive Lebensweisen.**

Wichtig ist uns, für neue Arbeits- und Lebensformen Raum und Möglichkeiten zu erschließen und dabei eine aktive Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Fragestellungen zu führen. **Ziel ist es auch, ein guter Ort für Menschen zu sein, die anderswo kaum eigene Perspektiven entwickeln können oder quer zu gesellschaftlichen Erfordernissen stehen.** Insbesondere Kunstschaaffende der verschiedensten Sparten und Kulturvereine mit unterschiedlichsten kulturellen und migrantischen Hintergründen fanden und finden ihren Ort auf dem Gelände, aber auch Organisationen im Bereich der neuen Medien und der Umweltbildung.



# DER LIP-ZUKUNKTSKONGRESS 2019 – RÜCKBLICKE UND AUSBLICKE



Im Rahmen der Projektleitung oblag es dem Kulturzentrum Faust e.V., einen ganztägigen öffentlichen Zukunftskongresses zum Lokalen Integrationsplan (LIP) zu konzipieren und organisieren. Die Erkenntnisse der ersten Projektphase unter Leitung der Kooperationspartner MiSO e.V. und kargah e.V. bildeten eine Grundlage des Kongresses, der sich an MSO, öffentliche Akteur\*innen und die Zivilgesellschaft im Allgemeinen richtete. In Form von Podiums- und Publikumsdiskussionen sowie in diversen themenspezifischen Workshops **wurde der LIP unter den drei Schwerpunkten Demokratie, Stadtleben und Erwachsenenbildung evaluiert und mögliche zukünftige Perspektiven entwickelt.** Etwa 120 Personen aus den verschiedensten Zusammenhängen nahmen an der Veranstaltung teil.



## Programm

- Markt der Möglichkeiten / Selbstdarstellung von Projekten / Initiativen
- Grußwort: Konstanze Beckedorff, Sozial- und Sportdezernentin der LHH

## 1. Block: Schwerpunkte Demokratie und Stadtteil Leben

- Podiums- und Publikumsdiskussion
- Workshops zu den Themen:  
Geflüchtete  
Stadtverwaltung  
Partizipation und Mitbestimmung  
Migrant\*innenSelbstOrganisationen und LIP

## 2. Block: Erwachsenenbildung

- Fachreferat: Migration und Erwachsenenbildung  
Frau Prof. Dr. Behrensen (Institut Soziale Arbeit der BTU Cottbus)
- Workshops zu den Themen:
- Alphabetisierung von erwachsenen Migrant\*innen und Geflüchteten: Anspruch und Wirklichkeit
  - Das Konzept „Inklusive Deutschkurse“ bei kargah e.V.
  - Kooperation zwischen Migrant\*innenSelbstOrganisationen und anerkannten Bildungseinrichtungen im Bereich Erwachsenenbildung in Hannover
  - Integrations- und DeuFö-Kurse – eine kritische Bilanz.

## Grußwort

Dankenswerterweise hatte sich Frau Konstanze Beckedorff, Sozial- und Sportdezernentin der Landeshauptstadt Hannover (LHH), dazu bereit erklärt, den Kongress mit einem Grußwort einzuleiten, das wir im Folgenden verkürzt wiedergeben möchten:

Frau Beckedorff dankt den Veranstalter\*innen und ist erfreut darüber, dass sich so viele Menschen zur Teilnahme am LIP-ZUKUNKTSKONGRESS 2019 – RÜCKBLICKE UND AUSBLICKE entschlossen haben. Thema der GfZ-Ausschreibung sei „Erfahrungen für die Zukunft, LIP, wie soll es weitergehen?“. 12 Projekte seien ausgewählt worden, die aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln auf den LIP schauen, der

Zukunfts kongress sei eines dieser Projekte. Nach Meinung von Frau Beckedorf ein für Hannover passendes Thema, da es hier viel Erfahrung mit Einwanderung gäbe, die man nutzen, auf die man bauen und auf die man aufbauen könne.

2008 habe es einen großen zweijährigen Beteiligungsprozess zur Ausarbeitung des LIP gegeben - damals vom Oberbürgermeister Stefan Weil initiiert. Der LIP und der Beteiligungsprozess seien ein Bekenntnis der Landeshauptstadt Hannover zur Einwanderung gewesen. Der GfZ unterstützte seit zehn Jahren Ziele des LIP, insbesondere die Umsetzung der selbstbestimmten Inanspruchnahme von Menschenrechten, die Vielfalt und die Solidarität. Alle bisherigen GfZ-Projekte hätten in diesem Sinne Weichen für die Zukunft gestellt und waren und seien unverzichtbar für die Integrationsarbeit. Heute ginge es bezogen auf den LIP und seine Umsetzung um die Begutachtung des Umgesetzten und die Analyse, wo und was nachgebessert werden müsse. Bisher sei der LIP eine wichtige Leitschnur für das städtische Handeln gewesen, aber Migration und Gesellschaft änderten sich, Integration sei ein Prozess, der immer wieder Nachjustierungen erforderte. Das solle nun bezüglich des LIP geschehen, ein Prozess, der alle anginge und alle forderte. Diesem nicht einfachen Prozess sieht Frau Beckedorf mit Zuversicht entgegen.

Im Rahmen ihres Grußworts befürwortet Frau Beckedorf nachdrücklich die aktive Rolle, welche die MSO in dem oben genannten Prozess spielen. Als überaus relevant für die Überarbeitung des LIP sehe sie offene Formate und Foren für Diskussionsprozesse, in denen auch der dialogische Streit wichtig sei. Frau Beckedorf dankt Faust, MiSO und kargah für deren Initiative beim Ideenwettbewerb und für die

Ausrichtung des Kongresses. Sie begrüßt zudem, dass das Thema Stadtverwaltung als ein Schwerpunkt auf dem Kongress behandelt wird, da Integration ein Querschnittsthema sei, das alle Bereiche des Verwaltungshandelns beträfe - und der LIP sei die Richtschnur der Integrationsarbeit der LHH.

## Podiumdiskussion

Podiumsgäste: **Konstanze Beckedorf** (Sozial- und Sportdezernentin), **Peyman Javaher-Haghghi** (Vorstand MISO, Mitarbeiter bei kargah e. V.), **Sam Aidara** (Künstler, Musiker, Produzent und Projektmanager, 1. Vorsitzender des Künstlervereins Linden Legendz e. V.), Parisa Hussein-Nejad (Theatermacherin, Vorstand IKJA e. V.)  
Moderator: Adama Logosu-Teko, Bundesvorstandsmitglied NEMO e. V.

### Frage: Offene Wünsche an den LIP

Frau Beckedorf: Detailliertheit des LIP macht eine Antwort schwierig, **nicht zufriedenstellend ist die mangelnde kontinuierliche Überprüfung, mangelnde Aktualisierung und mangelnde Abbildung der durch Flüchtlingszug veränderten Situation.**

**Herr Javaher-Haghghi:** LIP war ein riesiger Schritt nach vorn, erstmalig wurde Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen. **Kritik:** - Der Begriff Integration ist nicht mehr zeitgemäß, da diese als reine Eingliederung verstanden wird. - LIP war auf Verwaltung zugeschnitten, überarbeiteter LIP sollte die ganze Stadtgesellschaft in den Blick nehmen. - Die Weiterentwicklung des LIP war stark personenabhängig, nach dem Weggang von Weil fand keine Weiterentwicklung mehr statt. Daher muss der überarbeitete LIP muss personenunabhän-





gig institutionalisiert und verankert werden werden. - Die Finanzierung der Planungen im LIP war nicht gesichert, deshalb wurde einiges allein aus finanziellen Gründen nicht umgesetzt. Beim überarbeiteten LIP muss die Finanzierung klar mitbeschlossen werden. - Das Controlling des LIP muss gesichert werden und sollte MSO und Zivilgesellschaft miteinbeziehen.

**Frau Döring, LHH:** Nach meinem Verständnis heißt Integration gleich Vervollständigung / Einheit in der Vielfalt und das heißt, eine Gemeinschaft zu schaffen, die anders aussieht als vor der Integration.

**Frau Beckedorf:** Der LIP ist aus organisatorischen Gründen / Veränderungen nicht mehr beim OB angesiedelt, aber genauso wichtig, und Politik, Rat und Verwaltung haben die Überarbeitung des LIP auch eingefordert.

**Frage: Welche Erfahrungen gab es mit dem LIP?**

**Frau Hussein-Nejad:** - Förderung des IKJA e. V. durch den GfZ / Integrationsfond gab es nur aufgrund des LIP, IKJA mit seiner heutigen Projektarbeit ist ein Ergebnis dieser Förderung. - Im Rahmen des LIP Kunst und Kultur als Möglichkeit nutzen, um Menschen zu erreichen und partizipatorisch in demokratische Prozesse einzubinden - **Nicht den Begriff Integration in den Vordergrund stellen, Integration hört sich immer so an, als gäbe es Menschen mit Defiziten, die gefördert würden, um diese Defizite abzubauen.** - Spezifisches Problem im Kulturbereich ist die Unterrepräsentation von Migrant\*innen der zweiten Generation.

**Herr Aidara:** Kunst und Musik schaffen Raum, um Menschen auch sozial zu integrieren, indem kultur-, herkunfts- und altersübergreifendes Publikum erreicht wird.

**Herr Javaher-Haghghi:** Aufgriff der Frage, was sich in Hannover seit Einführung des LIP politisch geändert hat: - Anstieg von Rechtspopulismus / Alltagsrassismus, nicht nur in Form von AfD, auch als politisch-gesellschaftliche Strömung. - Politisch motivierte Flüchtlingsdebatte, welche Flüchtlinge zu Sündenböcken macht, selbst wenn zurzeit kaum noch Flüchtlinge nach Deutschland kommen. - Positiv ist die Bildung vielfältiger MSO und deren sich ausweitende Aktivitäten, genauso wie Zunahme von Geflüchteteninitiativen und Kulturinitiativen. **Diese Entwicklungen sollten im überarbeiteten LIP berücksichtigt werden, beispielsweise durch konkrete Flüchtlingspolitik.**

**Frau Beckedorf:** Hannover immer noch vergleichsweise tolerant, Menschen aus 180 Nationen leben hier, es werden über 70 Sprachen gesprochen, Hannover ist vielfältig und international. Es gibt Alltagsrassismus / antidemokratische Strömungen, aber die überwältigende Mehrheit der Zivilgesellschaft positioniert sich klar dagegen, klar für Toleranz - **Alltagsrassismus ist eine Herausforderung, aber auch im Rat gibt es eine klare Gegenposition.**

Zur Flüchtlingspolitik: **2014** und in den folgenden Jahren wurde erst einmal das Notwendigste organisiert, **erst danach begann die Diskussion um Integrationskonzepte.** Sehr schnell war aber klar, **dass die Flüchtlinge nicht als Sondergruppe behandelt werden sollten, sondern ein Gesamtkonzept für alle Zuwanderer wichtig ist.** In diesem Sinn ist der LIP insgesamt als Politikkonzept der Zuwanderung einer Einwanderungsstadt zu begreifen.

## Publikumsdiskussion

**Herr Asgar Eslami (kargah):** - LIP muss als Querschnittsaufgabe beim OB angesiedelt werden. - In den letzten Jahren unzureichende Umsetzung des LIP: Vielfaltsentwicklung unter Mitnahme der Bevölkerung wurde nicht realisiert. - **Neuer OB muss hier klar Verantwortung übernehmen. Die Arbeit kann nicht allein durch Projekte umgesetzt werden und bedarf verpflichtender Pläne für die Verwaltung.**

**Frau Beckedorf:** Im Dialog Hannover 2030 hat sich auch Herr Schostock klar zur Integrationspolitik bekannt.

**Frau Mirabadi (kargah):** Die Integrationsbeiräte auf Bezirksebene haben bisher eine reine Alibifunktion und keine Entscheidungsfunktion, es muss größere Entscheidungsbefugnisse geben.

**Herr Marini (Internationaler Ausschuss):** Alle bis auf eine Partei halten die Überarbeitung des LIP für wichtig.

**Frau Sekler (GfZ):** Thema Beteiligung / Diskussion LIP: Vor 12 Jahren starke engagierte Beteiligung an der Ausarbeitung des LIP und hohe Identifikation der MSO mit dem Prozess, unter anderem weil Integration zur Chefsache erklärt wurde. **Außerdem waren alle MSO stimmberechtigt im Integrationsrat berücksichtigt.**

Thema politische Partizipation: Im internationalen Ausschuss sind MSO nur beratende Mitglieder und nicht stimmberechtigt. **Forderung nach gleichberechtigter politischer und somit stimmberechtigter Partizipation, das ist in Form eines Ausschusses besonderen Rechts durchaus möglich. Finanzierungsmöglichkeiten für MSO:** Es muss eine gesicherte

Finanzierungsmöglichkeit von MSO jenseits des Projektmodus geben. Damit ein Plan das richtige Format für die Arbeit zur Entwicklung des Zusammenlebens ist, selbst wenn kontinuierlich neue Fragen auftauchen, **bedarf es eines begleiteten Konzeptes, das neue Fragen integrieren kann.**

**Frau Hussein-Nejad:** Ein wichtiges Problem ist die **mangelnde Vertretung der Migrant\*innen-Generation unter 30 in politischen Zusammenhängen und Gremien**. Es müssen gezielt Konzepte und Formate entwickelt werden, um diese Gruppe in die Überarbeitung des LIP miteinzubeziehen.

**Herr Javaher-Haghghi:** Die Finanzierung der LIP-Planungen muss geklärt werden. Es gilt Strukturen zu entwickeln, die sicherstellen, dass die **Umsetzung des LIP unabhängig von einzelnen engagierten Personen** geleistet werden kann.

**Herr Onay (OB-Kandidat Bündnis 90 / Die Grünen):** Integration wird in der Verwaltung so verstanden wie von Frau Döring beschrieben, aber nicht in der Bevölkerung, und bei Migrant\*innen ist der Begriff negativ mit Assimilation verknüpft. - Es geht um Gleichberechtigung, um rechtliche Fragen, Teilhabe, Sichtbarkeit, dies muss in den Strukturen verankert werden, aber es bekommt mehr Gewicht, wenn es zur Chefsache erklärt wird. - **Politische Partizipation und reales Mitspracherecht und Stimmrecht müssen umgesetzt werden, zentral ist es aber, dass mehr Mitglieder mit Migrationsgeschichte in den Rat gewählt werden.** - Wichtig sind die generationsunterschiedlichen Debatten, Erfahrungen, Forderungen aufzugreifen, z. B. auch Debatten wie 'Was heißt Deutschsein?'.





**Herr Aidara:** Hannover ist schon viel weiter als andere Regionen, aber z. B. in den politischen Gremien fehlt die Diversität. Wichtig wäre, dass sich viel mehr Menschen in die Überarbeitung des LIP einbringen, auch um die Umsetzung einzufordern.

**Frau Lange (Faust-Vorstand):** Es ist schwer, die Leute zur Beteiligung zu bewegen, häufig gibt es wenig Resonanz.

**Ein Teilnehmer** kritisiert, dass Migrant\*innen aus Osteuropa und Südamerika und ihre spezifischen Problemlagen bei der Integrationsarbeit nicht ausreichend berücksichtigt werden.

**Frau Guáqueta-Korzonnek (Casa Latina):** Etwa 2.000 Menschen aus Lateinamerika leben in Hannover, werden aber kaum wahrgenommen. Mit Deutschen verheiratete Frauen aus Lateinamerika etc. finden keine Unterstützung. **Und die kleinen Vereine, die in diesem Bereich etwas tun, werden über die Projektförderung gegeneinander ausgespielt.**

**Herr Javaher-Haghghi:** Die Erlangung der **deutschen Staatsbürgerschaft sollte vereinfacht werden**, z. B. durch Reduktion der Wartefrist auf 5 Jahre, Reduktion der Anforderungen an Wohnraumnachweis usw. (können viele Deutsche auch nicht nachweisen). Die LHH sollte sich auf Bundesebene dafür einsetzen. **Wichtig wäre auch ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Staatsbürger\*innen.**

## I. WORKSHOP-PHASE

Im Interesse der Lesbarkeit und aufgrund der begrenzten Seitenzahl dieser Broschüre werden maßgeblich die Ergebnisse der Workshops wiedergegeben und nicht deren kompletter Verlauf.

### Workshop zum Thema Geflüchtete

Leitung: Friederike Vorwergk (kargah e.V.)

**Zentrale Fragestellung: Wie können sich Geflüchtete an der Entwicklung des LIP beteiligen? Was muss dafür umgesetzt werden?**

#### Wie kann Beteiligung organisiert werden?

- Flüchtlinge brauchen zuerst eine Stabilisierung ihrer Lage, um sich äußern zu können.
- Gezielte Ansprache auf Bedürfnisse der Flüchtlinge zuschneiden
- Aufsuchende Sozialarbeit / Befragung, Einladungen sind unzureichend
- Ehrenamtliche miteinbinden

#### Was ist wichtig?

- Übersetzer\*innen / Ansprache in Herkunftssprache
- Fachlich kompetente Betreuung / psychosoziale Betreuung
- Schaffung von Kindergartenplätzen

#### Welche Formate sind für die Beteiligung geeignet?

- Unterschiedliche Beteiligungsverfahren für jeweilige Zuständigkeitebenen (Stadt, Land, Bund)
- Befragung von Flüchtlingen (mit Unterstützung beim Ausfüllen) als Feedback zum Verwaltungshandeln

- Heimbeiräte in Flüchtlingsunterkünften wählen lassen
- Familienzentren / Kindertagesstätten als Knotenpunkte zur Ansprache
- Wissenschaftliche Begleitung / Analyse der Fluchtsituation / Flüchtlingssozialarbeit

#### **Was muss für eine Beteiligung von Flüchtlingen passieren / verändert werden**

- Mitarbeit attraktiv gestalten, z.B. durch Aufwandsentschädigung für engagierte Geflüchtete
- Sozialarbeiter\*innen und Ehrenamtliche vor Ort einbeziehen
- Besser auf Zielgruppe zugeschnittene Öffentlichkeitsarbeit
- Wahlrecht für alle Migrant\*innen, um von den Parteien berücksichtigt zu werden
- Größere Entscheidungsbefugnisse für Gremien wie Integrationsbeiräte
- Respekt, Interesse und Empathie seitens der Gesellschaft fördern
- MiSO gezielt fördern, um alters-, herkunfts- und statusübergreifende Veranstaltungen durchzuführen
- Nachbarschaftsinitiativen stärken und gezielt finanziell bei Integrationsarbeit unterstützen

#### **Thesen zur Beteiligung von Flüchtlingen an der Entwicklung des LIP**

- Wichtig ist die reale Wertschätzung und eine Beteiligung mit erfahrbarer Wirkung.
- Aktives Zugehen auf Geflüchtete, um Erfahrungen und Forderungen von Flüchtlingen zu erheben
- Einbinden der mit den Flüchtlingen arbeitenden Institutionen, Initiativen und Akteur\*innen
- Strukturen der Selbstorganisation von Flüchtlingen und Flüchtlingshilfe stärken

- Präsentation der Forderungen von Flüchtlingen und MiSO in gemeinsamem Forum unter Beteiligung des Stadtrates (politische Entscheidungsträger\*innen) und der Verwaltung

#### **Workshop zum Thema Stadtverwaltung**

Leitung: Hans-Michael Krüger (Faust e.V.)

#### **Zentrale Fragestellung: Was ist der aktuelle Stand der Dinge in der Stadtverwaltung in Bezug auf den LIP und welche Wünsche gibt es für die Zukunft?**

Die Teilnehmer\*innen berichten über eigene Erfahrungen mit der Stadtverwaltung, die anwesenden Vertreter\*innen der Stadtverwaltung bestätigen oder widerlegen die geäußerte Kritik.

**Kritik:** Seit dem OB-Wechsel ist die Umsetzung des LIP keine Chefsache mehr.

**Antwort:** Herr Schostock setzte zwar andere Schwerpunkte, aber in der Verwaltung wurde der LIP immer noch verfolgt.

**Kritik:** Trotz Planung im LIP gibt es nach wie vor keine externe Antidiskriminierungsstelle.

**Antwort:** Verwaltung macht schon viel in Richtung Antidiskriminierung, trotzdem gibt es einen gerechtfertigten Bedarf nach einer externen Antidiskriminierungsstelle.

**Kritik:** Es gibt nach wie vor eine Differenzierung von interkultureller und interreligiöser Kompetenz.

**Antwort:** Die Anmerkung wird zur Kenntnis genommen.



## Forderungen und Vorschläge zum LIP

**Kritik:** Die Fortbildung in interkultureller Kompetenz ist nicht in allen Fachbereichen sichtbar.

**Antwort:** Solche Fortbildungen sind jetzt in einigen Fachbereichen Pflicht.

**Kritik:** Mangelnde Kund\*innenfreundlichkeit, insbesondere bezüglich der Sprache offizieller Schreiben. Hinsichtlich der Ausländerbehörde, der ersten Anlaufstelle für Migrant\*innen, wird von klaren Anfeindungen berichtet.

**Antwort:** Das Problem existiert leider, aber es hat sich auch dort viel zum Guten gewendet. Viele negative Bescheide sind durch Bundesgesetze vorgegeben, ohne weiteren Handlungsspielraum.

**Kritik:** Das mittlerweile gestrichene Projekt „Bildungslotsen“ hat sehr dabei geholfen, migrantische Eltern ins Schulleben zu integrieren. Solche Projekte sollen kontinuierlich finanziert werden.

**Antwort:** Die Vertreter\*innen der Stadtverwaltung bedauern die Streichung des Projekts ebenfalls.

**Kritik:** Die Stadt sollte flexibler auf kulturelle oder religiöse Besonderheiten der Kund\*innen eingehen.

**Antwort:** Diese Flexibilität gibt es bislang nur in migrationsspezifischen Bereichen, es gibt Nachholbedarf und die Stadt strebt weitere Einstellungen an.

- Die Stadtverwaltung ist der erste Ansprechpartner für Neuankömmlinge und muss deshalb ein zentrales Organ für den LIP-Prozess sein.
- Traditionelle Wohlfahrtsverbände müssen auch in den LIP mitgenommen werden.
- Entsprechende Strukturen zum LIP müssen in der Verwaltung entwickelt werden.
- Migration als Thema in allen Fachbereichen
- Controlling des LIP durch unabhängige Kommission
- Vielfalt und Teilhabe sollen zum Gesamtkonzept / Leitgedanken des LIP werden.
- LIP soll zur Chefsache gemacht und auf der Ebene des OB angesiedelt werden. Die Stadtverwaltung soll alle Beteiligten professionell unterstützen.
- Die Zivilgesellschaft soll in die Konzepterarbeitung einbezogen werden. Aufgaben und Funktionen von MSO, Stadtverwaltung, Wohlfahrtsverbänden u. a. sollen klar definiert werden.
- Die Umsetzung des neuen LIP soll von einem Gremium außerhalb der Verwaltung begleitet werden.
- Es soll mehr Partizipation und Transparenz in der Stadtverwaltung geben.
- Eine unabhängige Beschwerdestelle soll eingerichtet werden.
- Es gilt Maßnahmen für mehr Kund\*innenfreundlichkeit (Umgang mit Klienten, verständliche Schriftsprache usw.) zu ergreifen.
- Durch Institutionalisierung sollen wichtige Stellen, wie Bildungslots\*innen oder Vormundpat\*innenschaften für Geflüchtete, langfristig gesichert werden.
- Es soll eine Quote für Mitarbeiter\*innen mit Migrationserfahrung festgelegt werden.
- Schulungen in interkultureller und interreligiöser Kompetenz sollen für bestimmte Bereiche verpflichtend sein.

## Workshop zum Thema Partizipation und Mitbestimmung

Leitung: Peyman Javaher-Haghghi

### Wie können generell mehr Menschen mit Migrationsgeschichte erreicht und aktiviert werden?

- Bei Treffen / Veranstaltungen / Projekten sollten Inhalte offen gehalten und weniger Vorgaben an die Zielgruppe gemacht werden.
- Durch neue Formate, um auch junge Menschen zu erreichen
- Durch niederschwellige Angebote, bei denen Sprache nicht ausschlaggebend ist, z.B. Kunstprojekte
- Mittels Simultanübersetzung von Veranstaltungen
- Durch wirklich attraktive Angebote, welche die Zielgruppe optimalerweise selbst mitentwickeln kann
- Weg von der Defizitorientierung hin zur Gestaltung von Projekten, die ganz unterschiedliche Menschen zusammenbringen
- Durch das Schaffen von Begegnungsorten
- Durch stärkere kreative Initiativen von MSO, um Menschen zu gewinnen, was wiederum eine bessere Finanzierung von MSO voraussetzt
- Schulen als Partner\*innen, um nicht-organisierte Menschen zu erreichen

### Wie kann eine bessere politische Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte erreicht werden?

- Durch eine vom Land Niedersachsen eingeführte Umwandlung des Internationalen Ausschusses in einen Ausschuss besonderen Rechts
- Durch schnellere Erlangung des Wahlrechts, bspw. nach 5 Jahren
- Durch die Möglichkeit doppelter Staatsbürgerschaft
- Durch Einbringen des Themas in die Landes- und Bundesebene
- Über aktive Einforderung politischer Partizipation mit Mitteln wie „Fridays for Future“.

### Inwieweit sind Migrant\*innen gut informiert über ihre Rechte und Möglichkeiten? Wie lässt sich der Informationsstand erhöhen?

- Über persönliche Ansprache
- Durch mehr Hauptamtliche bei Hilfestellungen zur Informationsbeschaffung
- Mittels Orientierung der Hilfestellung an Bedürfnissen der Menschen
- Durch realistische Projektvorgaben des BaMF, die bislang keinerlei Spielraum für kreative, lebensnahe Herangehensweisen lassen
- Die Interessensentwicklung der Migrant\*innen ist zu berücksichtigen, die sich meistens erst nach Bewältigung der Ankommens- und Orientierungsproblematik einstellt.
- Durch einfache Vermittlung politischer Bildung / neuer Formate



### Ergebnisse des Workshops:

- Bestehende Formate und Angebote überdenken
- Zielgruppe intensiver in die Entwicklung von Maßnahmen einbinden
- Begegnungsorte schaffen / weniger Vorgaben, mehr freie Entfaltung

### Politische Partizipation

- Internationalen Ausschuss in Ausschuss besonderen Rechts umwandeln
- Einbürgerung erleichtern, gerade auch um das Wahlrecht zu erlangen
- Jugendliche in politische Prozesse einbinden
- Sich als Landeshauptstadt stark machen für ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger\*innen



### Informationsvermittlung

- Persönliche Kontakte zu den Menschen durch Hauptamtliche
- Interessen und Bedürfnisse von Menschen einbeziehen
- Kreative Formen der Informationsvermittlung finden (z.B. Storytelling, Comics)



## Workshop zum Thema Migrant\*innenSelbstOrganisationen und LIP

Leitung: Dr. Olga Artemova und Wolfgang Becker



Die Referent\*innen erläuterten kurz die Rolle von MiSO im Projekt DER LIP-ZUKUNFTSKONGRESS 2019 – RÜCKBLICKE UND AUSBLICKE und präsentierten die Ergebnisse ihrer Umfrage bei den Hannoverschen MSO zum LIP.

### Rolle der MSO im LIP

Eine nähere Betrachtung des LIP ergab, dass dieser klare Aufgaben für die MSO in folgenden Handlungsfeldern vorsieht:

**Soziales:** 1. In den Quartieren sollen MSO niederschwellige Beratungs-, Bildungs- und Begegnungsangebote vorhalten, 2. ein Konzept für eine zentrale Anlauf-, Informations- und Koordinierungsstelle der länger in Hannover lebenden Migrant\*innen entwickeln und 3. Projekte entwickeln, die der Vertrauensbildung und der Verbesserung des wechselseitigen Verständnisses dienen.

**Stadtleben:** Entwicklung von Projekten im Bereich Kultur und Sport

**Demokratie:** Entwicklung von Projekten gegen Einengung auf integrationspolitische Themen

**Stadtverwaltung:** Potenziell zur interkulturellen Fortbildung der Beschäftigten der LHH beitragen



Diese Festschreibung wurde zunächst als positiv beurteilt, schließlich verfügen Menschen mit Migrationsgeschichte über Integrationswissen aus erster Hand. **Allerdings handelt es bei den Aufgaben in erster Linie um Aufgaben der Stadtverwaltung.** So sinnvoll es auch ist, diese Aufgaben an Expert\*innen weiterzugeben, so selbstverständlich ist es, dass MSO diesen Handlungsaufforderungen **nicht**

ehrenamtlich nachkommen können oder sollten, sondern gegen eine faire Entlohnung.

In der anschließenden freien Diskussion wurden etliche Forderungen an die Stadt und den neuen LIP entwickelt, **die relativ einhellige Meinung war, dass ein LIP gebraucht werde und sich in der aktuellen Fassung bereits viele gute Ansätze und Absichten finden ließen.**

### Vorschläge und Forderungen zum neuen LIP:

- Offensiver Umgang mit dem LIP und Werbung für Integrationsarbeit
- Öffentlichkeitsarbeit zum LIP muss die ganze Stadtgesellschaft erreichen.
- Beteiligung der MSO am LIP stärken, redaktionelle Mitbestimmung garantieren
- Es muss institutionelle Förderungen für alle aktiven MSO geben, damit diese in der Lage sind, wirklich etwas auf die Beine zu stellen.
- Die MSO brauchen feste, kostenlose Räume für Treffen und Aktionen.
- Im Bereich Antidiskriminierung muss mit allen Mitteln klar gemacht werden, dass Migrant\*innen und Geflüchtete nicht verantwortlich für diesen Missstand sind, sondern diejenigen, von denen sie diskriminiert werden.
- Gerade kleinere und jüngere MSO brauchen Hilfestellung bei der Beantragung von Projektgeldern.

## Migration und Erwachsenenbildung: Soziologische Überlegungen zu Herausforderungen und Potenzialen

Fachreferat von Prof. Dr. Birgit Behrensen (Institut Soziale Arbeit der BTU Cottbus)

Nach einer kurzen Einführung in die Theorien des deutschen Ideals der humanistischen Bildung und der europäischen Idee des Lebenslangen Lernens und der Erläuterung der Widersprüchlichkeit dieser beiden Bildungsziele riss Frau Behrens die aktuellen Handlungsfelder in der Erwachsenenbildung an.

### Interessante Einblicke in die migrantische Weiterbildung ermöglichen folgende statistische Angaben:

- Menschen mit Migrationsgeschichte nehmen generell seltener an Weiterbildungen teil als Nicht-Migrant\*innen.
- Während die Weiterbildungsrate bei Menschen ohne Migrationsgeschichte zunimmt, bleibt sie bei Migrant\*innen quasi gleich.
- Weiterbildungen von Migrant\*innen sind oft umfänglicher als jene von Nicht-Migrant\*innen.

### Sprache und Weiterbildung

Als 'Baustelle der Sprachbildung' bezeichnete Frau Behrens das herrschende Dilemma hinsichtlich Tatsache, dass häufig **Deutschkenntnisse die Voraussetzung für Weiterbildung** sind, während **Weiterbildung gleichzeitig eine Chance für den Ausbau der Deutschkenntnisse** darstellt. Zudem gibt es in Deutschland das **Konstrukt einer einsprachigen Gesellschaft**, was unvermeidlich zu einer **Exklusionsdynamik** führt, die audistische Züge annehmen kann (ursprünglich wird der

Begriff 'Audismus' verwendet, wenn man von der Diskriminierung Gehörloser spricht). In diesem Zusammenhang bedeutet Audismus, dass hörfähige Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft (noch) nicht gut deutsch sprechen können, als defizitär wahrgenommen werden.

### Die sich anschließende, lebhafte Diskussion führte zu diversen Erkenntnissen:

- In Deutschland gibt es große Vorbehalte hinsichtlich Mehrsprachigkeit.
- Diese Vorbehalte sind gegenüber mittel- und nordeuropäischen Fremdsprachen deutlich weniger ausgeprägt.
- Das Fremdsprachenangebot in deutschen Schulen steht in keinem Verhältnis zum Anteil migrantischer Gruppen (Beispiel türkische Migrant\*innen / Sprachvermittlungskonzept Finnland).
- Die Erwartungshaltung an das Tempo, mit dem die deutsche Sprache von Migrant\*innen erlernt werden kann, ist vollkommen unrealistisch.
- Der vorherrschende Begriff von Bildung ist unflexibel.
- Deutsch als Fremdsprache muss an die Fähigkeiten und Lebensrealitäten der Migrant\*innen angepasst werden.



### Lösungsvorschläge:

- Bildungsgesetz und Anerkennungsverfahren bedürfen einer dringenden Reformierung.
- **MSO-Bildungsträger ermöglichen eine bedarfsorientierte Bildung für Migrant\*innen und sind eine Bereicherung der Bildungslandschaft.** Dementsprechend müssen solche Bildungsträger vom Bildungsgesetz anerkannt und mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden.
- Weiterbildungsmaßnahmen mit Kinderbetreuung
- Bildung muss als Prozess begriffen werden.

## II. WORKSHOP-PHASE



### Alphabetisierung von erwachsenen Migrant\*innen und Geflüchteten

Leitung: Shakiba Djanpoor, Peyman Javaher-Haghghi

#### Experiment Persisch-Unterricht

Zehn Minuten lang wird Persisch unterrichtet, damit die Workshop-Teilnehmer\*innen einen Eindruck davon bekommen, wie sich Menschen fühlen, die weder Sprache noch Schrift einer Fremdsprache beherrschen. Es werden erste einfache Wörter und Sätze behandelt, sowie das Schreiben von Buchstaben geübt. Der Unterricht ist interaktiv, die Unterrichtssprache ist ausschließlich Persisch. **Wie fühlt man sich mit einer Sprache mit fremden Lauten und unbekanntem Schriftbild?** Die Teilnehmer\*innen fühlen sich irritiert und verloren und mussten sich stark konzentrieren. Quintessenz: „**Jetzt versteht man, wie sich Menschen fühlen, die neu in Deutschland sind.**“

#### Welche besonderen Schwierigkeiten haben Erwachsene beim Lernen?

- Wenig Kontakt zu einheimischen Muttersprachlern
- Traumata, Fluchterfahrung und familiäre Sorgen erschweren den Lernprozess.
- Demotivierung durch offizielle / private Negativ-Beratung – „Du schaffst das eh nicht“
- Zu wenig Austausch zwischen unterschiedlichen Sprachgruppen im Sprachkurs
- Erlerntes wird sehr schnell wieder vergessen.
- Das Alter – mit über 30 fällt das Lernen deutlich schwerer.
- Menschen ohne Schulbildung fehlt das systematische Lernen.
- Besondere Schwierigkeiten bei erwachsenen Analphabeten

#### Lösungsansätze

- Entwicklung spezieller Alphabetisierungskonzepte dringend notwendig, circa 20 % der Geflüchteten sind Analphabet\*innen.
- Kurskonzepte müssen sich auf ältere Menschen einstellen, die natürlicherweise weniger schnell lernen.
- Lehrende müssen sich auf neue Konzepte und Methoden einlassen.
- Handys in den Unterricht einbeziehen, bspw. spezielle Lern-Apps verwenden, viele Analphabet\*innen können mit Smartphones umgehen
- Entwicklung spezieller Konzepte zum Erlernen der fremden Schrift
- Musik hören: Die richtige Aussprache in Verbindung mit Rhythmus, Melodie und Gefühl eröffnet einen sinnlichen Zugang zur Sprache.
- Deutsches Fernsehen nutzen: gut gesprochenes Deutsch in Berichten / Dokumentationen

#### Das Konzept „Inklusive Deutschkurse“ bei kargah e.V.

Leitung: Elvira Koop und Viktoriya Schabli

Zu Beginn des Workshops stellen die Referentinnen das kargah-Sprachkurskonzept anhand einer Powerpoint-Präsentation dar und beantworten Fragen hierzu.

#### Ansätze von kargah e.V. in den Deutschkursen

Nach Hamed Abdel-Samad besteht die **Integration aus einer Matrix mit vier Feldern:**

- strukturelle Integration
- kulturelle Integration
- soziale Integration
- emotional-affektive / identifikative Integration

Die in unserer Gesellschaft üblichen Erfolgsindikatoren wie Bildung, Sprache und Arbeit hat er ausschließlich dem strukturellen Bereich zugeordnet. Es kann aber erst dann von einer erfolgreichen Integration ausgegangen werden, wenn alle vier Felder angesprochen sind.

- kargah e.V. versucht mit seinem Angebot genau dieses Ziel zu erreichen. Dabei stützt er sich auf folgende Ansätze:
- Ganzheitlichkeit des Unterrichts
- vertraute Atmosphäre
- alltägliche Bedürfnisse der Teilnehmer\*innen stehen im Mittelpunkt
- personelle Ressourcen und Stärke der Teilnehmer\*innen sichtbar machen
- Förderung der Mehrsprachigkeit
- Förderung lebenslangen autonomen Lernens

### **Kooperation zwischen Migrant\*innenSelbstOrganisationen und anerkannten Bildungseinrichtungen im Bereich Erwachsenenbildung in Hannover**

Leitung: Christine Bötel (Bildungsverein)

Frau Bötel erklärte zunächst, welche Kurse der Bildungsverein im Bereich Erwachsenenbildung anbietet: Kultur, Politik, Fremdsprachen, berufliche Maßnahmen (wie z.B. Rhetorik), Gesundheit etc.

Zu Beginn des Workshops werden folgende Fragen gestellt:

- 1 Was können wir tun, um die Prozesse zu verbessern?**
- 2 Wie bewerten Sie die Kooperationen?**
- 3 Was ist der Output?**
- 4 Wie können diese Zusammenarbeiten verbessert werden?**

Einer Teilnehmerin merkte an, dass die Priorität von Erwachsenenbildung der Ausbau vorhandenen Wissens sein müsse, denn nur so könnten Migrant\*innen eine Rolle in der Stadtgesellschaft spielen. Diesbezüglich ist eine Grundproblematik, dass zwischen **Erwachsenenbildung und Beruflichenbildung** unterschieden wird. Für die Beruflichenbildung ist die **Agentur für Arbeit** zuständig, die an strenge Vorgaben gebunden ist.

Die Kooperationen mit anerkannten Bildungsträgern werden teilweise als negativ empfunden, da diese lediglich auf der Suche nach Kursteilnehmer\*innen seien. Eine Teilnehmerin verweist auf das **Netzwerk ALBuM**, das im Rahmen eines Projekts **kostenlose Sprachkurse in Verbindung mit praktischen Anteilen in einem Betrieb** anbot. Dieses Projekt schätzten die Teilnehmerin und ihre MSO als sehr sinnvoll ein.



### **Ergebnisse des Workshops:**

- Zu starre Trennung von Erwachsenen- und Beruflichenbildung
- Anerkennung von Abschlüssen ist zu kostenintensiv.
- Bestehende Bildungsstrukturen sind zu undurchlässig.
- Zu hohe Relevanz von Abschlüssen
- Zu wenige Sprachkurse
- Aber: Ein Abschluss erhöht nicht unbedingt die Arbeitschancen für Migrant\*innen.
- Unzureichender Anreiz für Arbeitgeber, Migrant\*innen einzustellen (Subvention?)
- Forderung nach einem Runden Tisch (Bildungseinrichtungen und Migrant\*innenSelbstOrganisationen)

## Integrations- und DeuFö-Kurse – eine kritische Bilanz

Leitung Dr. Kay Sulk (Landesverband der VHS Niedersachsen)

Behandelt wurden vier Bereiche:



### Inhalte / Zielgruppen / Lehrkräfte / Administration

#### Inhalte

- Wurden ausdifferenziert, d.h. der BAMF hat die Möglichkeit, nach Zielgruppen zu differenzieren, in der Praxis werden die Kurse aber nicht ausdifferenziert genug angeboten.
- Justiert wird vom BAMF häufig nur die Kurslänge, stattdessen wären noch mehr zielgruppenspezifische Angebote wichtig.
- Die eigenen Zielvorgaben (A2 / B1) werden unzureichend erfüllt.
- Das Nds. Landesprogramm setzt zielgruppenspezifische Angebote z. T. wesentlich besser um, da die Kursträger flexibler vorgehen können.
- Lebensweltbezogenheit unzureichend, Exkursionen erfordern zu großen bürokratischen Aufwand, Praktika wurden abgeschafft



#### Zielgruppen

- Starke Änderung bei den Herkunftsländern in den letzten Jahren
- Neue Ausweitung auf Flüchtlinge mit unklarer Bleibeperspektive (z.B. Afghanistan)

#### Lehrkräfte

- Vor einigen Jahren Erhöhung der Honorare
- Forderung der Erhöhung der Pauschalen für die Träger
- Hoher Anteil von Lehrkräften mit Migrationsgeschichte
- Aufgrund der höheren Honorare auch weiterer Qualifizierungsbedarf

#### Organisatorisches

- Sich ausweitender bürokratischer Aufwand

- Zentrale Test- und Meldestellen für die Kurszuweisungen führen zu geringeren Gestaltungsmöglichkeiten und massiven Fehlzuweisungen.
- Auch die modellhafte Ausschreibung von Kursen durch BA u. a. scheint Zentralismus und Nichtflexibilität zu verschärfen.

#### Diskussion:

- Auf niedersächsischer Landesebene gibt es zurzeit keine Probleme, das Programm SPRINT für Berufsschulen funktioniert gut: weniger Bürokratie / Exkursionen möglich und auch Praktika.
- Bei vom Bund finanzierten Kursen ist die Diskrepanz zwischen eskalierendem bürokratischem Aufwand und sinkendem Erfolg augenfällig.
- Evaluation der BAMF-Strukturen findet nur intern durch das BAMF statt.
- Bei Erfolgsquoten unter 50 % ist die Zielsetzung der Maßnahme zu hinterfragen.
- Probleme: Kursteilnehmer\*innen mit sehr unterschiedlichen Vorkenntnissen, kontinuierliche Teilnahme von Frauen oft nicht möglich (keine Kinderbetreuung)
- Starke Korrelation zwischen Erfolgsquote und Bildungshintergrund der Teilnehmer\*innen
- Keine belastbare Statistik über den Wandel der Erfolgsquoten bei Wiederholung
- Die nun fehlenden Praktika waren auch für Erfolgsergebnisse und die Motivation wichtig.
- Schlechte Erfolgsquoten führen zur zusätzlichen Demotivierung der Teilnehmer\*innen.
- Der Schritt zwischen B1 und B2 ist enorm und in der vorgegebenen Zeit nicht zu schaffen.



### Forderungen an die Stadt

- Die Stadt sollte die Angebote von Land und Bund nicht durch gleichartige Angebote doppeln.
- Wichtig wären gezielte Begleitangebote, um die angesprochenen Probleme zu lösen: Kinderbetreuung / sozialpädagogische Betreuung als Ergänzung zu Sprachkursen.
- Im Zweifelsfall muss Einfluss auf die Bundes- und Landesebene genommen werden.
- Informationen über Kommunikationskurse
- Förderung der Kommunikation mit deutschen Muttersprachler\*innen
- Anerkennung von Teilergebnissen, als Erfolgserlebnis. Für viele ist das Scheitern an B1 demotivierend, stattdessen Motivation durch positiven Bezug auf das Erreichte
- Die Fixierung auf B1 sollte infrage gestellt werden.
- Die hohe Formalisierung führt zum Teil zur Fokussierung auf Prüfungen.
- Kurse müssen dazu befähigen, Deutsch als Alltagssprache zu nutzen.

**Aussage ALLER Teilnehmer\*innen: Bei der Sprachvermittlung für Migrant\*innen muss sehr viel mehr Geduld aufgebracht werden, daran mangelt es zurzeit noch massiv.**

## LIP-ZUKUNFTSKONGRESS 2019 – FAZIT

Das Resümee des vom Gesellschaftsfonds Zusammenleben geförderten Projekts LIP-ZUKUNFTSKONGRESS 2019 – RÜCKBLICKE UND AUSBLICKE fällt ausgesprochen positiv aus: Alle geplanten Ziele konnten umgesetzt werden. Dies ist nicht nur den vielfältigen Projektmethoden zu verdanken, sondern auch der sehr breiten und heterogenen Zielgruppe: Lokale Migrant\*innenSelbstOrganisationen wurden ebenso angesprochen wie Geflüchtete, ehrenamtlich Tätige, Mitarbeiter\*innen der Stadt und Angehörige der Zivilgesellschaft. So konnten allen Beteiligten die Inhalte und Bedeutung des LIP nähergebracht, Problem-punkte herausgestellt und der Diskurs über den LIP verstärkt werden.

Umfang, Bandbreite und Tiefe der eingebrachten Kritik, Wünsche und Forderungen übertrafen unsere Erwartungen bei weitem, was bereits dadurch deutlich wird, dass der ursprünglich geplante Umfang der vorliegenden Broschüre von 30 auf 44 Seiten erhöht werden musste. Auffällig war bei der Zusammenfassung der Ergebnisse insbesondere, dass die Arbeits- und Diskussionszusammenhänge trotz ihrer Diversität oft sehr ähnliche Forderungen erarbeiteten, eine Tatsache, welche die Dringlichkeit dieser Kritik untermauert. Ungeachtet der höheren Seitenanzahl war es kein Leichtes, den Prozess und die Ergebnisse vollständig zu dokumentieren. Um bei dieser Fülle von Informationen Übersichtlichkeit zu wahren, findet sich am Ende einer jeden Projektphase und eines jeden Workshops eine kurze Auflistung von Ergebnissen. Den Abschluss dieses Berichts bildet eine Art Forderungskatalog, der in Anlehnung an die Handlungsfelder des aktuellen LIP strukturiert wurde.

Bei aller Kritik ist es wichtig zu benennen, dass ein Großteil der Beteiligten den LIP als notwendig und positiv beurteilt und anerkennt, dass in den letzten 11 Jahren wichtige Schritte in Richtung einer inklusiven Politik und Gesellschaft gemacht wurden. Der Bedarf nach der Weiterentwicklung des LIP und in diesem Zusammenhang nach der verbindlichen redaktionellen Beteiligung von Gruppen und Initiativen, die im Migrationsbereich tätig sind, ist groß. Alle Mitwirkenden begreifen dieses Projekt als Chance, mit ihrer Kritik aktiv zu einer Neufassung des LIP beizutragen: Sie eröffnet konkrete Zukunftsperspektiven für eine fortschrittliche, bedarfsorientierte und soziale Integrationspolitik der Landeshauptstadt Hannover.

## ZUSAMMENFASSUNG DER FORDERUNGEN ZUM NEUEN LIP

### Voraussetzungen für eine inklusive Weiterentwicklung des LIP

- Bestandsaufnahme zur Lage der Integration in Hannover
- Stärkung der Beteiligung der MSO am LIP durch redaktionelle Mitbestimmung
- Vielfalt und Teilhabe als Gesamtkonzept / Leitgedanken des LIP
- Breite Öffentlichkeitsarbeit zum LIP, Vermittlung der Inhalte und Möglichkeiten, Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Konzepterarbeitung
- Regelmäßiges Controlling des LIP durch unabhängige Kommission unter Beteiligung von Migrant\*innen
- Schaffung konkreter Beteiligungsformen am LIP
- Anpassung des LIP an Lebenssituationen der Migrant\*innen

- Klare Definition der Aufgaben und Funktionen von MSO, Stadtverwaltung u.a.
- Einbindung der mit den Flüchtlingen arbeitenden Institutionen, Initiativen und Akteur\*innen
- Präsentation der Forderungen von Flüchtlingen und MSO in einem gemeinsamen Forum unter Beteiligung des Stadtrates (politische Entscheidungsträger\*innen) und der Verwaltung

## 1. Bildung

- Bedarfsorientierte Weiterbildung für Migrant\*innen
- Anerkennung von MSO-Bildungsorganisationen
- Finanzielle Sicherung der Bildung für Flüchtlinge / Migrant\*innen durch MSO-Bildungsträger
- Förderung informeller Bildung
- Forderung nach einem Runden Tisch von Bildungseinrichtungen und MSO
- Weiterbildung für Migrant\*innen aller Alters- und Statusgruppen
- Anerkennung von im Herkunftsland erworbenen Ausbildungen und Abschlüssen für schnelleren Zugang zum deutschen Bildungssystem und zum Arbeitsmarkt
- Mehrsprachige Informationen über Praktikums- und Ausbildungsmöglichkeiten
- Zeitnahe Vermittlung in Ausbildung, Weiterbildung, Praktika und Arbeit
- Schulung der interkulturellen Kompetenz von Lehrenden
- Förderung der Grundbildung wie Mathematik und Informatik und der Allgemeinbildung

- Gezielte Begleitangebote zu Weiterbildungskursen (Kinderbetreuung / sozialpädagogische Betreuung)
- Nachhilfe, intensivere Beratungsangebote und langfristige Begleitung von Geflüchteten
- Motivierung durch Anerkennung von Teilergebnissen (Erfolgserlebnis)

## Sprache

- Gezielte Förderung mehrsprachiger Kitas
- Verstärkte Förderung muttersprachlicher Bücher für Kinder
- Bedarfsgerechte Unterstützung migrantischer Eltern, damit diese die Schulausbildung ihrer Kinder fördern können
- Vermehrte Förderung von Sprachlernklassen und Muttersprache in den Schulen
- Erweitertes Angebot von Sprachvermittlung
- Gezielte berufsspezifische Sprachförderung
- Anpassung der Sprachkurse an individuelle Vorkenntnisse und Fähigkeiten
- Gezielte Förderung von Tandem-Programmen
- Informationen über Kommunikationskurse
- Förderung der Kommunikation mit deutschen Muttersprachler\*innen
- Infragestellung der Fixierung auf B1
- Realistische zeitliche Erwartungshaltung in puncto Spracherwerb

## 2. Wirtschaft

- Arbeitserlaubnis für Migrant\*innen aller Statusgruppen
- Unterstützung bei der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen
- Aufklärung über Arbeitnehmerrechte
- Mehrsprachige Informationen

- Gezielte Förderung von Projekten wie Speed Dating zwischen Firmen, die Ausbildungsplätze anbieten, und Geflüchteten, die einen Ausbildungsplatz suchen
- Sinnvolle und zeiteffiziente Maßnahmen des Job-Centers
- Führerschein in allen Sprachen
- Umfassende Beratung zu Existenzgründungen, logistische und finanzielle Unterstützung
- Recht auf mehrere Beschäftigungsverhältnisse
- Gleichstellung der Löhne von Migrant\*innen und Deutschen
- Abschaffung des Arbeitsnachweises für Familiennachzug

### 3. Soziales

- Schaffung von interkulturell kompetenten Beratungsstellen
- Förderung von gemeinsamen und betreuten Begegnungsorten, um den häufig isolierten Geflüchteten Kontakt zu Deutschen zu ermöglichen
- Unterstützung für alleinerziehende Mütter
- Vereinfachung des Nachzugs von Familienangehörigen
- Reale Wertschätzung der Migrant\*innen, Beteiligung mit erfahrbarer Wirkung
- Strukturen der Selbstorganisation von Flüchtlingen und Flüchtlingshilfe stärken
- Persönliche Kontakte zu Geflüchteten durch hauptamtliche Mitarbeiter\*innen
- Bessere Kontaktmöglichkeiten der Geflüchteten zur Zivilgesellschaft
- Schaffung mehrsprachiger Begegnungsorte

### 4. Stadtleben

- Bedürfnisorientierte Wohnungspolitik
- Wohnquartierbezug als wichtige Voraussetzung für eine gelungene Integration
- Möglichkeit des Verbleibs im Stadtteil
- Mehr Privatsphäre und Selbstbestimmung in den Flüchtlingsunterkünften
- Schnellerer Übergang von Flüchtlingsunterkünften in eigenen Wohnraum
- Mehr Unterstützung beim Umzug von der Flüchtlingsunterkunft in Wohnungen
- Vermehrte Bereitstellung von Wohnraum für sozial Schwache und Geflüchtete

### 5. Demokratie

#### Partizipation und Mitbestimmung

- Wir fordern nachdrücklich, dass Migrant\*innen nicht nur als Ideengeber, sondern als aktiv Mitgestaltende und Entscheidungsbeteiligte fungieren können. In dieser Funktion sollten Migrant\*innen nicht länger nur ausschließlich ehrenamtlich tätig sein, sondern mit eigens dafür bereitgestellten finanziellen Mitteln ausgestattet werden.
- Erhöhung des Anteils von Beschäftigten mit Migrationsgeschichte **auf allen Ebenen und in allen Gremien und Räten** der öffentlichen Verwaltung und der Stadt
- Einsetzung des geplanten Integrationsrats
- Umwandlung des Internationalen Ausschusses in einen Ausschuss besonderen Rechts
- Fortschreibung des GfZ, bedeutsame Aufstockung der Fördergelder

- Erweiterung der formalen Kompetenz der Integrationsbeiräte – politische Mitbestimmung
- Formale Beteiligung der Integrationsbeiräte an Stadtentwicklungs-themen
- Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Migrant\*innen
- Erleichterung der Einbürgerung
- Einbindung von Jugendlichen in politische Prozesse
- Institutionelle Förderung aller aktiven MSO
- Bereitstellung kostenloser Räume für Treffen und Aktionen von MSO
- Hilfestellung für MSO bei der Beantragung von Projektgeldern
- Finanzielle und logistische Unterstützung der migrantischen Öffentlichkeitsarbeit
- Schaffung einer LHH-Webseite zur Veröffentlichung von MSO-Themen und -Veranstaltungen
- Unterstützung von Begegnungsstätten und Dialogmöglichkeiten, Initiierung niedrigschwelliger Diskussionsveranstaltungen
- Muttersprachliche Informationsveranstaltungen der Stadt für Migrant\*innen
- Anwendung kreativer Formen der Informationsvermittlung, Mut zu neuen Formaten

### **Rassismus und Diskriminierung**

- Gezielte Aufklärung der Zivilgesellschaft – Migrant\*innen sind gleichberechtigte Mitbürger\*innen
- Entsprechend breite Aufklärung der Gesamtbevölkerung durch Bildung
- Anerkennung und Sichtbarmachung der gesamtgesellschaftlichen Leistung von Migrant\*innen
- Gezielte Maßnahmen gegen Rechtspopulismus, Alltagsrassismus und institutionelle Diskriminierung

### **6. Stadtverwaltung**

- Weitere Verbesserung der Kommunikation / des Informationsflusses zwischen Behörden und MSO
- LIP soll wieder zur Chefsache gemacht werden: Ansiedlung auf OB-Ebene
- Migration als Querschnittsaufgabe aller Fachbereiche
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung – Einführung einer Quote für Mitarbeiter\*innen mit Migrationserfahrung
- Vorantreiben der interkulturellen Kompetenz der Stadtverwaltung: verpflichtende Schulungen aller Fachbereiche in interkultureller / interreligiöser Kompetenz
- Solange Mehrsprachigkeit innerhalb der Verwaltung fehlt: Schaffung eines kostenneutralen, flexiblen und sprachlich breiten Übersetzer\*innen- und Dolmetscher\*innen-Pools
- Generelle Informationen in leichtverständlichem Deutsch
- Einführung einer Beschwerdestelle für Migrant\*innen, wo diese in ihrer Muttersprache Beschwerde führen können
- Stadtverwaltung muss ein zentrales Organ für den LIP-Prozess sein – Strukturen zum LIP müssen auch in der Verwaltung entwickelt werden
- Begleitung der Umsetzung des neuen LIP durch ein Gremium außerhalb der Verwaltung
- Langfristige Sicherung wichtiger Strukturen (Bildungslots\*innen, Vormundpat\*innenschaften für Geflüchtete, etc.) durch Institutionalisierung
- Prüfung städtischer Ausgaben hinsichtlich des anteilig gerechten Nutzens für Migrant\*innen



Eine Veranstaltung von



Gefördert von

Landeshauptstadt

Hannover

Gesellschaftsfonds  
Zusammenleben (GFZ)